

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Claudia Köhler

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Harald Güller

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Hans Herold

Abg. Tim Pargent

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Florian Ritter

Abg. Michael Hofmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 8 a und 8 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2020) (Drs. 18/4985)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2019/2020 - NGH 2019/2020) (Drs. 18/4986)

- Erste Lesung -

Bevor ich dem Staatsminister das Wort erteile, will ich auf Folgendes hinweisen, weil es diesbezüglich immer Fragen gibt: Bei der Einbringungsrede sind Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen nicht zulässig; sie sind erst in der daran anschließenden Aussprache zulässig. – Damit erteile ich dem Staatsminister Albert Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Gestern haben wir Bayern bei unserem Parlamentarischen Abend im Bayerischen Landtag gefeiert. Wir haben allen Grund zu feiern, und wir gehören zu den glücklichen Menschen auf diesem Planeten, die solche Feierlichkeiten auch erleben dürfen. Es gibt auf dieser wunderbaren Erde schätzungsweise 7,5 Milliarden Menschen, und mindestens 7 Milliarden Menschen beneiden uns um unser Leben in Bayern. Das bestätigen selbst diejenigen, die kritisieren, was die Bayerische Staatsregierung tut.

Niemand bestreitet, dass wir als Freistaat Bayern das Kraftzentrum in der Mitte Europas sind, und dass wir die Lokomotive in Deutschland darstellen. Das ist gut, aber das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern kommt daher, dass wir Bayern ein besonderer Menschenschlag sind. Wir haben es zusammen mit allen Menschen, die zu uns ge-

kommen sind, in den letzten Jahrzehnten geschafft, uns in wirtschaftlicher Hinsicht in die führende Position zu bringen. Menschen wollen nach Bayern kommen und bei uns bleiben, und wir werden weiter hart arbeiten.

Die Bevölkerung, die Unternehmen, die Bauern und die Verwaltung machen einen hervorragenden Job. Wir haben Lehrer, die unseren Kindern Bildung vermitteln. Wir haben eine Polizei, die auf uns aufpasst. Wir haben Finanzbeamte, die dafür sorgen, dass es Steuergerechtigkeit gibt. Meine Damen und Herren, wir leben in einem wunderbaren Land, und dass wir heute überhaupt etwas beschließen können, haben wir den Steuerzahlerinnen und den Steuerzahlern zu verdanken. Bei ihnen bedanke ich mich an allererster Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

All das, was die Menschen für dieses Land tun, trifft auf eine hervorragende Politik, die dazu führt, dass wir Bayern in wirtschaftlicher Hinsicht als Leuchtturm erleben. Wir alle wissen aber auch – und das ist eigentlich die wichtigste Erkenntnis, die wir immer wieder verinnerlichen müssen –: Wir können Wohlstand nicht konservieren. Wohlstand ist nicht konservierbar, indem man einfach nichts mehr verändert. Das sage ich insbesondere all denen, die jeglichen Infrastrukturprojekten von Haus aus kritisch gegenüberstehen und die jeden Tag davon träumen, dass alles gut ist, wenn es nur so bleibt: "Am besten wir verändern nichts mehr."

Wir wissen: Wenn alles bleiben soll, wie es ist, dann muss sich viel verändern. Deswegen überlegen wir jeden Tag, was die aktuellen Herausforderungen sind und wo wir neben dem, was wir ohnehin sehr erfolgreich tun, Zusätzliches leisten müssen. Dabei steht immer der Mensch im Mittelpunkt; auch darauf kommt es an, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind wirtschaftlich ein hoch erfolgreiches Land. Wir haben uns optimal entwickelt. Der Mensch ist für uns in einem Sozialstaat natürlich aber der Mittelpunkt.

Wir führen diesen Staat gut, und wir müssen dafür sorgen, all das, was wir das Jahr über planen, was wir uns überlegen, was wir umsetzen möchten, im Haushalt bestens abzubilden. Dieser Nachtragshaushalt 2019/2020 ist eine Art Masterplan für Bayern. Dort ist all das geschrieben und abgebildet, was an politischen Initiativen insbesondere für das Jahr 2020 neu vorgesehen ist.

Die Herausforderungen sind an jeder Ecke erkennbar, und die wirtschaftliche Abkühlung macht uns natürlich nicht uneingeschränkt Freude. Wir überlegen jeden Tag, wie wir reagieren müssen, um mit den Gegebenheiten der wirtschaftlichen Entwicklung – nicht alleine in Deutschland oder in Bayern, sondern weltweit – zurechtzukommen. Ein technologischer Epochenbruch lässt uns jeden Tag überlegen, was wir tun können, damit wir auch in Zukunft die Produkte haben, die weltweit gefragt sind und die wir erzeugen, produzieren können, und somit stark bleiben – und das Ganze in einer intakten Umwelt und Natur. Beim Klimawandel und Artenschutz – Themen, bei denen wir in Bayern ohnehin eine Vorbildregion sind, meine sehr geehrten Damen und Herren – werden wir noch einmal eine weitere Entwicklung oben aufsetzen.

Es gibt verschiedene ökonomische Denkschulen, aber einig sind sich alle eigentlich nur in einem Punkt: Wir müssen investieren. Wer Zukunft gewinnen will, muss investieren, und zwar richtig investieren, in Innovation investieren. Innovation und Investition sind die Zauberworte, die sich in unserem Nachtragshaushalt entsprechend abbilden.

Wir werden auch heute wieder erleben – das weiß ich, und da bin ich auch niemandem böse –, dass die einen sagen: Für den Bereich habt ihr viel zu viel und für einen anderen Bereich viel zu wenig vorgesehen. – Als Finanzminister muss man das wohl aushalten. Aber, meine Damen und Herren, bei der gesamten Konstruktion dieses

Nachtragshaushalt bin ich davon überzeugt, dass wir in der momentanen Situation das Optimalere vorlegen, was notwendig ist.

Dieser Investitions- und Innovationshaushalt ist beispiellos. Es gibt eine Investitionsquote, wie es sie noch nie gab. 14,6 % ist zwar eine Prozentzahl, aber in absoluten Beträgen sind das 8,8 Milliarden Euro für Investitionen. Das ist ein Rekord und Spitze!

Der Haushalt selbst wird 2020 aus bekannten Gründen vom Volumen her etwas zurückgehen, weil der Länderfinanzausgleich nicht mehr bezahlt werden muss; das ändert sich ab dem Jahr 2020 wesentlich. Deswegen sind wir dann bei 60,3 Milliarden Euro. Wir finanzieren selbstverständlich zum fünfzehnten Mal in Reihe ohne neue Schulden und werden auch weitere Tilgungen vorsehen.

Wir haben uns bewusst für Innovation und Investition entschieden, und wir machen Sonderprogramme, die dazu beitragen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern auch in Zukunft auf der Höhe bleibt. Dazu gratuliert uns die Fachwelt; alle Experten, die uns sagen: Jawohl, es ist die richtige Entscheidung, für künftige Generationen zu investieren und zusätzliche Akzente zu setzen. – Ich danke dem Ministerpräsidenten, der hier an dieser Stelle am 10. Oktober umfangreiche Maßnahmen angekündigt hat. Die Hightech-Agenda wird mit zwei Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren hinterlegt, und sie beginnt jetzt auch im Nachtragshaushalt. Wir schieben nichts vor uns her, und wir warten nicht, sondern wir beschließen und setzen um, und das ist ein Zukunftsprogramm erster Güte für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Umsetzung ruht auf vier Säulen. Sie beginnt damit, dass wir schon im Nachtragshaushalt für 2020 346 Millionen Euro – und über 1 Milliarde für Verpflichtungsermächtigungen – vorsehen. Ganz ehrlich: Wer kann da mithalten?

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Niemand!)

Gibt es außer Bayern irgendwo ein Land, das Vergleichbares machen kann? – Hans Herold gibt die Antwort: Niemand! – Das überrascht nicht. Wir in Bayern können es nicht nur deshalb, weil wir kluge Politik betrieben haben, sondern auch deshalb, weil wir es uns zutrauen; auch darauf kommt es an. Ein politisches Programm zu proklamieren ist das eine. Sich auch die Umsetzung zuzutrauen, das heißt, das Programm mit konkreten Maßnahmen und dem notwendigen Geld zu hinterlegen, ist das andere. Beides werden wir tun. Wir haben bereits beschlossen – ich habe es erwähnt –, das Ganze mit 346 Millionen Euro zu hinterlegen.

In den Bereichen Künstliche Intelligenz und Supertec wollen wir weltweit führend bleiben. Ja, wir sind schon an der Spitze. Es ist nicht so, dass wir hier erst beginnen müssten; das anzunehmen wäre ein Irrtum. Aber wir können, aufbauend auf der Stärke, die wir haben, noch stärker werden. Wenn man Stärken stärken und ein Kraftzentrum bleiben will, braucht es zusätzliches Geld. 42 Millionen Euro sind dafür bereits in den Haushalt eingestellt.

Wir engagieren uns in der Luft- und Raumfahrt. Dafür sind wir kritisiert, ja belächelt worden: "Die Bayern wollen zum Mond!" Völliger Blödsinn! Das Engagement in diesem Bereich führt in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Materialforschung und bei Antriebstechnologien, zu viel mehr technologischer Entwicklung als in der Raumfahrt selbst. Es geht auch darum, wie die neuen Technologien möglichst effizient genutzt werden können. Quantentechnologie gibt es nicht nur im Silicon Valley, sondern auch in Bayern. Alles ist im Nachtragshaushalt schon mit den entsprechenden Beträgen hinterlegt.

In Bayern sind Spitzentechnologie und Spitzenforschung zu Hause. Geforscht wird an CleanTech und neuen Antriebstechnologien, übrigens nicht nur für eine Antriebsart. Die erste Säule unseres Zukunftsprogramms ist die Förderung der Innovation.

Auch im Bereich der zweiten Säule haben wir es mit Rekorden zu tun; ich erwähne es bewusst. Das Sanierungs- und Beschleunigungsprogramm im Bereich der Hochschu-

len ermöglicht es uns, schon im Nachtragshaushalt zusätzlich 100 Millionen Euro Bauprodukte zu vergeben; denn auch diese benötigen wir im Hochschulbereich dringend.

Jetzt bitte festhalten: Im Vergleich zu 2018, also in nur zwei Jahren, haben wir die in der Anlage S für den Hochschulbereich ausgewiesenen Mittel um 67 % gesteigert. 670 Millionen Euro! Ich sage das insbesondere all denjenigen, die glauben, wir täten in diesem Bereich nicht genug. Diese Mittel müssen erst einmal umgesetzt, das heißt verbaut werden. Es reicht ja nicht aus, das Geben von Geld zu beschließen; es muss auch realisiert werden.

Positiv ist auch, dass wir nicht nur an die zentralen, sondern auch an die regionalen Standorte der Hochschulen Geld geben. Wir stellen 30 Millionen Euro für Regionalinitiativen der Hochschulen zur Verfügung.

Die Förderung weiterer 500 Mobilfunkmasten – und damit der Infrastruktur – ist Teil unserer Hightech-Agenda.

Die Hochschulreform ist die größte der letzten Jahrzehnte. 10 000 neue Studienplätze werden geschaffen. Die strukturelle Stärkung der Hochschulen geht weiter voran. Wir wollen die besten Köpfe weltweit nach Bayern bringen. All das ist im Haushalt abgebildet.

Die vierte Säule umfasst die Mittelstandsoffensive samt Digitalisierungsfonds. Hierfür stellen wir 114 Millionen Euro bereit. Damit begleiten wir den durch die Digitalisierung ausgelösten technologischen Wandel. Unser Ziel ist es nicht, Geld um des Geldgebens willen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen uns an die Spitze der technologischen Veränderung setzen!

Es ist immer das gleiche Schema: Auf dieser Welt, insbesondere in Deutschland, gibt es so viele Menschen, die nur hervorragende Analytiker und Problembeschreiber sind; leider gibt es von denen auch ein paar in Bayern. Wir leben ja im Zeitalter der Problembeschreibung. Wir in Bayern beschreiben Probleme nicht nur; wir lösen sie!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir lassen es nicht zu, dass unsere Leitbranchen systematisch schlechtgeredet werden nach dem Motto: "Den Konzernen wollen sie helfen." Die Automobilindustrie in Bayern ist viel mehr als Konzerne. Die Automobilindustrie in Bayern ist Zulieferer. In jeder zweiten Gemeinde des Freistaates gibt es Unternehmen, die unmittelbar oder mittelbar davon abhängig sind, dass die Automobilwirtschaft Erfolg hat.

Wir haben überall im Land Unternehmen, die Baumaßnahmen für die Zulieferer der Automobilwirtschaft und für diese selbst durchführen. Dort sind Menschen auch deshalb tätig, weil Büroinfrastruktur und digitale Instrumentarien gebraucht werden – und, und, und. An dieser Industrie hängt unglaublich viel. Wir unterstützen sie bei dem Transformationsprozess. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir auch an dieser Stelle dem Grundsatz folgen, vorhandene Unternehmen bei der Lösung von Problemen zu unterstützen und zugleich Start-ups zu fördern. 10 Millionen Euro stellen wir allein dafür im Rahmen unserer Mittelstandsoffensive zur Verfügung. Es geht um Investition und Innovation.

Wir achten darauf, dass wir nicht bei der Planung stehen bleiben, sondern dass zeitnah mit der Realisierung begonnen wird. Wir wollen neue Wertschöpfung erreichen.

Wir achten darauf, dass im Haushaltsvollzug all das, was investiv vorgesehen ist, auch umgesetzt wird. Wir haben gemeinsam mit dem Haushaltsausschuss die Novellierung der RLBau erreicht. Lieber Josef Zellmeier, dafür danke ich dir und allen, die noch mitgewirkt haben. Wir werden bei den Hochbauvorhaben einiges verändern. Auch das trägt dazu bei, dass die Umsetzung erfolgen kann.

Eines konnten wir natürlich nicht verhindern: dass die Baukosten in den vergangenen Jahren explodiert sind. Diese Entwicklung blieb auch dem Finanzminister nicht verborgen. Wir müssen klug überlegen, wie wir in Zukunft derartige Investitionen gestalten.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Woran liegt es denn, dass die Baukosten so gestiegen sind?)

Bei alledem investieren wir nicht nur in Neues, sondern wir erhalten in allen Bereichen auch unsere bestehende Infrastruktur in bestem Zustand. Wir investieren daher auch in die analoge Infrastruktur, zum Beispiel in unsere Staatsstraßen, für die wir 350 Millionen Euro bereitstellen.

Wir fördern die digitale Infrastruktur im Bereich der Bildung. Digitale Schule? – Wir setzen sie um!

Mit der Förderung der Lehrerbildung in den Bereichen Grund- und Mittelschule haben wir einen weiteren Akzent gesetzt. Das kostet uns im Nachtragshaushalt immerhin 12 Millionen Euro; das möchte ich nur einmal erwähnen dürfen. Diese Maßnahme ist eine große Anerkennung für die Leistungen der Lehrerschaft an Grund- und an Mittelschulen. Wir haben uns dafür entschieden, damit auch in diese Richtung ein klares Signal gesandt wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur digitalen Infrastruktur in der Fläche lese ich immer wieder in der Zeitung, Bayern sei in diesem Bereich hintendran, in irgendeinem Ort Bayerns funktioniere die digitale Infrastruktur nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass nach allen objektiven Zahlen, die uns zur Verfügung stehen – diese erhebt übrigens nicht das bayerische Finanzministerium, sondern der TÜV Rheinland und andere Gutachter –, die Ausbaudynamik im Glasfaserbereich nirgendwo sonst so hoch wie in Bayern ist. Es gibt auch nirgendwo sonst so hohe Übertragungsraten wie in Bayern. Insbesondere im ländlichen Raum haben wir in den vergangenen fünf Jahren enorm viel erreicht. Lieber Ministerpräsident, als du im Frühjahr 2014 mit der Initiative begonnen hast, hatten 27 % der Haushalte im ländlichen Raum schnelles Internet. Heute haben 86 % der Haushalte im ländlichen Raum schnelles Internet!

Wenn 14 % diesen Zugang noch nicht haben, dann kann ich Ihnen sagen, dass die Aufträge bereits vergeben sind, damit auch dort die Anschlüsse hergestellt werden. Ich weiß nicht, warum einige diese Entwicklung immer so schlechtreden. Wir können alles tun: fördern, Initiativen entwickeln, unterstützen. Nur eines kann ich immer noch nicht: selber baggern und Glasfaserkabel verlegen.

(Alexander König (CSU): Schade, Herr Finanzminister! Sie wären bestimmt ein sehr guter Baggerfahrer!)

Aber das wird getan. Machen Sie sich keine Sorgen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir setzen noch eins drauf. Wir hatten bisher ein regulatorisches Hindernis seitens der Europäischen Union. Das sage ich jetzt all denen, die es immer bewusst falsch darstellen und der Öffentlichkeit etwas anderes weismachen wollen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Das ist wichtig. Hören Sie zu! Sonst behaupten Sie möglicherweise wieder das Gegenteil.

(Hans Herold (CSU): Das wollen sie nicht hören!)

Sie haben unser Programm immer wieder mit der Behauptung diskreditiert, wir würden nur Geschwindigkeiten bis zu 30 Mbit/s fördern. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben die Glasfaser von Anfang an gefördert. Die Europäische Union sagt aber bis zum heutigen Tag, 30 Mbit/s bedeutet schnelles Internet. Wo es schon ein Netz mit 30 Mbit/s gibt, darf nicht gefördert werden. In Zukunft darf nun gefördert werden, bisher allerdings nur in einem einzigen Land in der Europäischen Union. Ein einziges Land in der Europäischen Union hat nun die Notifizierung bekommen, dass auch dort Glasfaser ausgebaut werden darf, wo es schon ein Netz mit 30 Mbit/s gibt – ein einziges Land.

Sie werden kaum erraten, welches Land das ist. – Der Freistaat Bayern. Wir sind auch hier Spitze, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum digitalen Rathaus. Ein Förderprogramm läuft seit dem 1. Oktober. Mittlerweile sind 170 Anträge von Kommunen eingegangen. Bei den Kommunen gilt auch, was als Gesamtüberschrift über unserem Nachtragshaushalt steht: Innovation und Investition. Unsere Kommunen erhalten vom Freistaat Bayern Rekordzuweisungen. Der kommunale Finanzausgleich liegt erstmals über 10 Milliarden Euro. 10,29 Milliarden Euro sind Rekord. Die Schlüsselzuweisungen betragen über 4 Milliarden Euro. – Rekord. Die Mittel nach Artikel 10 FAG zur Unterstützung kommunaler Investitionen belaufen sich auf 600 Millionen Euro. – Rekord. Die Krankenhausförderung liegt wie bisher mit 643 Millionen Euro auf Rekordniveau. Die Investitionspauschalen an die Kommunen betragen 446 Millionen Euro. Für den kommunalen Straßenbau und -unterhalt geben wir im kommunalen Finanzausgleich mehr als 640 Millionen Euro aus – eine Zahl, die Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen sollten.

Wenn ich alle Mittel zusammenrechne, die wir den Kommunen im Bereich Straßenbau und -unterhalt zur Verfügung stellen, komme ich auf etwa 700 Millionen Euro. Sie erinnern sich an die Zahl, die ich gerade bei den Staatsstraßen nannte. Wir geben 350 Millionen Euro für unsere Straßen und 700 Millionen Euro für die kommunalen Straßen aus, also über 1 Milliarde Euro – zwei Drittel die Kommunen, ein Drittel der Freistaat Bayern. Da soll mir noch irgendjemand sagen, wir würden die kommunalen Straßenbaumaßnahmen vernachlässigen. Das Gegenteil ist der Fall: Rekorde, wo immer man auch hinsieht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß, dass sofort der Reflex kommt: Straßen? – Ihr müsst den öffentlichen Personennahverkehr stärken, statt Straßen zu bauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Danke. Ich kann Vollzug melden. Mehr als 290 Millionen Euro sind im kommunalen Finanzausgleich vorgesehen, zusammen mit Mitteln außerhalb des Finanzausgleichs fast 500 Millionen Euro für den ÖPNV – so viel wie niemals zuvor. Die Kommunen bekommen dies, obwohl sie die höchsten Steuereinnahmen erzielen, die sie jemals hatten. Die Kommunen haben 900 Millionen Euro mehr an eigenen Steuereinnahmen, auch deswegen, weil die erhöhte Gewerbesteuerumlage nicht mehr an den Freistaat Bayern gezahlt werden muss. Meine Damen und Herren, dazu kann man zwar sagen, dass dies kommunales Geld ist – ich kenne alle diese Argumente –, aber Fakt ist: Von 2019 auf 2020 stehen den Kommunen allein dadurch über 800 Millionen Euro an zusätzlichen Geldern zur Verfügung. Hinzu kommt die Steigerung aus dem kommunalen Finanzausgleich selbst, die 316 Millionen Euro ausmacht. Jeder kann sich gut ausrechnen, dass den Kommunen im Jahr 2020 deutlich mehr als 1 Milliarde Euro an zusätzlichem Geld für Maßnahmen vor Ort, für Innovation und für Investition in den Kommunen zur Verfügung steht.

Wir halten überall Wort. Wir haben nicht nur den Freistaat Bayern in den letzten Jahren signifikant entschuldet, wir haben auch die Kommunen signifikant entschuldet. Die Stabilisierungshilfen beliefen sich auf 150 Millionen Euro. Im nächsten Jahr werden 140 Millionen Euro zur Verfügung stehen, meine Damen und Herren. Wir haben dazu beigetragen, dass Kommunen, die die Entschuldung aus eigener Kraft nicht schaffen, wieder einen Haushalt aufstellen können, der in die Zukunft weist – überall in Bayern, in allen Regionen, nicht nur in den Metropolen. Wir halten Wort.

Wir halten Wort auch bei den Straßenausbaubeiträgen. Ich sage all denen, die mir immer erklären, dass das Geld nicht reichen würde: Nach den uns vorliegenden neuesten Zahlen haben die Kommunen in Bayern in den letzten zehn Jahren von ihren Bürgerinnen und Bürgern deutlich unter 60 Millionen Euro pro Jahr verlangt. Wir geben in Zukunft 150 Millionen Euro im Jahr an die Kommunen. Da will mir noch jemand sagen, wir würden dafür zu wenig Geld zur Verfügung stellen? – Für Staatsstra-

ßen stehen 350 Millionen Euro zur Verfügung, für den Ausbau von Erschließungsstraßen, die ausschließlich in der Zuständigkeit der Kommunen liegen, 150 Millionen Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss ganz ehrlich sagen: Wir haben mehr getan, als Wort zu halten. Wenn wir nur Wort gehalten hätten, hätten wir 60 Millionen Euro gegeben. Wir geben 150 Millionen Euro – viel, viel mehr, als Wort gehalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der zweite und der dritte Schwerpunkt in unserem Nachtragshaushalt betreffen die Bewahrung der Schöpfung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch hier sagen wir ein Ja zum Klimaschutz. Diese Koalition nimmt den Klimaschutz ernst, und zwar nicht erst seit gestern. Ich will sagen, dass der Eindruck, man hätte jetzt alles neu erfinden müssen, so ja wohl nicht stimmen kann. Im Bereich des Klimaschutzes haben wir im Doppelhaushalt 2019/2020 schon 231 Millionen Euro abgebildet, pro Jahr etwa 115 Millionen Euro. Jetzt stocken wir mit unserem Klimagesetz noch einmal auf, nämlich um 60 Millionen Euro pro Jahr. Somit haben wir jetzt pro Jahr 175 Millionen Euro nur an bayerischen Geldern für Klimaschutzmaßnahmen in unserem Haushalt. Ich habe zwar keine Abfrage bei allen anderen Bundesländern gemacht, ich rate dies aber allen, die glauben, das wäre wenig Geld. 175 Millionen Euro mal vier sind 700 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren. Meine Damen und Herren, das ist Rekord.

Wir nehmen dieses Thema sehr, sehr ernst. Wir haben ein Klimagesetz mit 96 Maßnahmen und keinem einzigen Verbot vorgelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Schuldenabbau!)

Auch das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Klimaschutz gelingt, wenn man die Menschen mitnimmt, und er gelingt dann am besten, wenn man die Menschen mitnimmt. Klimaschutz kann nicht gegen die Bürger stattfinden und darf in

diesem Land nicht als soziale Frage in den Vordergrund gerückt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen bin ich sehr froh, dass wir uns jetzt im Vermittlungsausschuss klar dazu bekennen, dass Klimaschutz auf der einen Seite wichtig ist, aber auf der anderen Seite nicht diejenigen darunter leiden dürfen, die zum Beispiel auf den Individualverkehr angewiesen sind oder die im ländlichen Raum wohnen. Wenn ich im ländlichen Raum wohne, habe ich, egal, ob ich mit dem Zug oder mit dem Auto zur Arbeit fahre, erheblich mehr Kosten als jemand, der in der Stadt lebt und sich in die U-Bahn setzen kann. Deswegen haben wir auf die Pendlerpauschale so gepocht und sie entsprechend angepasst. Es gibt politische Kräfte in diesem Land, die öffentlich behaupten, durch die Pendlerpauschale würden die Autofahrer begünstigt und die Bahnfahrer benachteiligt. Das spricht nicht unbedingt für die Sachkenntnis dieser politischen Kräfte.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Uns geht es aber darum, zwischen Stadt und Land auch beim Klimaschutz einen fairen Ausgleich zu erreichen. Niemand darf dadurch zum Verlierer werden. Darauf kommt es an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen Klimaschutz auch nicht gegen die Wirtschaft, sondern mit der Wirtschaft.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Und Schuldenabbau?)

Eine Erkenntnis der letzten Jahrzehnte ist doch, dass Klimaschutz, Natur- und Artenschutz dann am besten gelingen, wenn die Wirtschaft floriert. Vor unserer Haustür haben wir ja ein wunderbares Beispiel. Jahrzehntlang hatte man dort im Rahmen von linksideologischen Massenversuchen geglaubt: Wenn man alles gleich macht und wenn man Planwirtschaft betreibt, dann wird das Volk am glücklichsten werden. Das

Ergebnis vor dreißig Jahren, als die Mauer fiel, war doch, dass wir nicht nur eine ganze Menge unglücklicher und eingesperrter Menschen erlebten und sie befreit haben, sondern dass wir auch feststellen konnten, nirgendwo – –

(Zuruf von den GRÜNEN: Befreit! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Wir haben mitgeholfen, den Menschen das zu geben, was ihnen jahrzehntelang verwehrt wurde.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Die Menschen haben sich das selber erkämpft. Das weiß ich alles.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Ich war dort öfter. – Jetzt haben Sie etwas gefunden, womit Sie vom Thema ablenken können. Mein Gott!

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen dort haben sich selbst befreit. Wir haben mitgeholfen und alles dafür getan, dass die Menschen das bekommen haben, was ihnen jahrzehntelang verwehrt war. – Nun ist dies auch politisch ganz korrekt ausgedrückt. Jetzt können Sie auch klatschen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben jedenfalls festgestellt, dass dort, wo die Menschen geknechtet wurden, dass dort, wo Planwirtschaft geherrscht hat, auch Natur und Umwelt zerstört waren.

(Zuruf von der CSU: Genau so ist es!)

So war es nämlich: Linksideologie hat Natur zerstört.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Dort, wo nicht Wirtschaft florierte, hat der Naturschutz stagniert.

(Beifall bei der CSU)

Wir leisten uns Natur- und Klimaschutz ganz bewusst. Wir können das, weil wir eine Wirtschaft haben, die die notwendigen Erträge dafür erbringt. Deswegen machen wir keine Politik wie im Ostblock, die die Wirtschaft zerstörte und infolgedessen auch noch Umwelt und Klima, sondern wir betreiben Klimaschutz zusammen mit der Wirtschaft und zusammen mit den Bauern.

Klimaschutz, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine Frage des Wollens, sondern auch der notwendigen Umsetzungsmaßnahmen.

Unsere Bauern haben in den Bereichen Klimaschutz und Artenschutz zurzeit einen schweren Stand in der Öffentlichkeit – nicht deswegen, weil die Bauern schlechte Arbeit machen würden, sondern es geht sozusagen um das schlechte Gewissen der gesamten Gesellschaft. Die Gesellschaft merkt, dass wir einiges verändern müssen. Die Veränderungsbereitschaft ist nicht überall besonders groß. Nun gibt es im Land einige, die glauben, das schlechte Gewissen, das sie selbst haben, diese gesellschaftliche Sinnkrise, die wir verspüren, könne man jetzt schnell einmal zur Sinnkrise der Bauern machen:

(Zuruf von der CSU: Genau so ist es!)

Sollen sich doch die Bauern darum kümmern, dass Umwelt, Arten und Klima geschützt werden.

Nein, meine Damen und Herren, bei uns in Bayern kümmern sich alle darum. Wir haben einen Runden Tisch, an dem alle maßgeblichen Kräfte zusammensitzen und miteinander beraten. Bei uns werden die Bauern nicht alleingelassen, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben massiv aufgestockt, nicht nur im Bereich Klimaschutz, sondern infolge des Runden Tisches auch im Bereich Artenschutz. Es waren immer zwischen 50 und 75 Millionen Euro zugesagt. Wir haben das jetzt mit 72 Millionen Euro inklusive 100 Stellen für Umwelt-, Naturschutz und Landwirtschaft gut abgebildet. Dadurch können wir den Waldumbau stärker fördern. Kulturlandschaftsprogramm, VNP, Landschaftspflegeprogramm, Gewässerrandstreifen, Förderprogramm Junglandwirte, Schulprojekte zur Förderung der Alltagskompetenz – all das wird in unserem Haushalt abgebildet.

Auch da müssen wir doch einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir schon Spitze waren, bevor wir all diese Maßnahmen starteten. Liebe Michaela, zum Beispiel wird in keinem Bundesland der ökologische Landbau so gut unterstützt wie in Bayern, und zwar seit Jahren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das ist keine neue Notwendigkeit geworden, sondern es wird nur fortgesetzt, was ohnehin schon getan wird, und das in hervorragender Weise.

Den Bauern müssen wir auch sagen: Strukturwandel fand in den letzten Jahrzehnten nicht nur wegen der Gesellschaft oder infolge falscher politischer Entscheidungen statt. Ich kenne mich in der Branche ein bisschen aus. Was in den letzten Jahrzehnten in allen Branchen technisch möglich gemacht wurde, ist natürlich auch in der Landwirtschaft umgesetzt worden. Wenn Sie vor 35 Jahren erzählt hätten, dass es in 35 Jahren in Bayern Melkroboter geben werde, dann wären Sie nicht nur belächelt worden, meine Damen und Herren, sondern Sie wären als ziemlich visionär verschrien worden. Heute, so stellen wir fest, gibt es das.

Wir haben technische Möglichkeiten, die auch die Landwirtschaft nutzt. Die Landwirtschaft ist eine der technisch modernsten, digitalisiertesten Branchen geworden. Das ist auch gut so. Ich möchte keine Gesetze machen, mit denen wir den Bauern vor-

schreiben, dass sie moderne Technik nicht mehr einsetzen dürfen, sondern Landwirtschaft betreiben sollen wie vor hundert Jahren. Das will ich nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen bin ich sehr froh, dass die Staatsregierung mit einem stets offenen Ohr für die Bauern diesen gesellschaftlichen Konsens sucht und dass die Landwirte in dieser Gesellschaft ihren Platz haben – nicht nur haben wollen, sondern haben müssen. Darüber brauchen wir, glaube ich, keine langen Vorträge. Bei aller Wichtigkeit vieler Branchen – ob Auto, Technik, Chemie, Hochschule usw. – ist und bleibt die allerwichtigste Branche die Landwirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn wir nichts zum Essen haben, dann können Sie den Rest vergessen.

Deswegen sage ich hier demonstrativ: Danke an alle Bauern, die uns durch harte Arbeit täglich mit den besten Lebensmitteln versorgen, die es in Bayern gibt, und die unser Land auch noch schön gestalten. Danke dafür!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bei all dem, kann ich Ihnen zum Schluss sagen, steht der Mensch im Mittelpunkt. Innovation und Investition sind kein Selbstzweck, sondern dienen dem Menschen, der darauf angewiesen ist, dass er in der Konkurrenz zur gesamten restlichen Welt an der Spitze bleiben kann. Es ist nicht so, dass in anderen Teilen der Welt darüber nachgedacht würde, wie ermöglicht werden kann, dass es den Deutschen besonders gut geht. Wir werden uns schon selbst darum kümmern müssen, dass wir im weltweiten Wettbewerb, der etwas komplizierter geworden ist, an der Spitze bleiben können.

Aber wir dürfen niemals vergessen, dass wir als Menschen eben nicht immer auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Es gibt Situationen im menschlichen Leben, die schwieriger sind. Deswegen müssen wir für alle Lebensbereiche Unterstützungen vorhalten. Auch das ist in unserem Haushalt abgebildet.

Unsere Familienleistungen sind so hoch wie nie, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir unterstützen die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern. Wir müssen uns auch mehr und mehr die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege angesichts pflegebedürftiger Eltern stellen.

Überall haben wir Antworten: Antworten für die Betreuungsunterstützung von Kindern sowohl in der Kita als auch in der Familie, Betreuungsunterstützung für pflegebedürftige Menschen mit 1.000 Euro Pflegegeld.

(Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Na super!)

Da gibt es dann Leute, die das diskreditieren, weil es angeblich so wenig sei. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie heute eine Rente von 1.000 Euro im Monat haben und dann noch einmal 1.000 Euro im Jahr hinzubekommen, können Sie ausrechnen, dass es sich dabei um eine Rentensteigerung zwischen 7 und 8 % handelt. Eine solche Rentensteigerung für Menschen, die pflegebedürftig sind, hat es vorher nicht gegeben und wird es so schnell auch nicht mehr geben. Alle, die das kritisieren und die äußern, wir dürften das nicht tun, sollen dann eben sagen, wir müssten den Pflegebedürftigen diese Unterstützung wegnehmen. Sagen Sie es doch, wenn Ihnen das nicht passt. – Wir tun das gerne. Im Mittelpunkt steht der Mensch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe einmal alle Kinderbetreuungsleistungen addiert. Neben den 772 Millionen Euro Familiengeld im Stammhaushalt 2020 geben wir noch rund 2,6 Milliarden Euro Jahr im Rahmen des BayKiBiG aus, für Kindergärtenbeitragszuschüsse, Krippengeld und alles, was damit zu tun hat. Ich glaube, auch hier sagen zu können: Das ist Rekord.

Neben all dem unterstützen wir die Kommunen noch beim Ausbau ihrer Kitas, indem wir als Freistaat Bayern in das sogenannte 4. SIP mittlerweile ein Vielfaches von dem, was wir vom Bund bekommen haben, an bayerischen Geldern selbst investieren. Es

ist nämlich so, dass hier wieder einmal ein Bundesprogramm angekündigt war, das bei uns für 30.000 Plätze gereicht hätte. Wir schaffen jetzt aber 63.500 Plätze, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Jetzt sage ich denen, die meinen, das alles sei noch zu wenig, eines: Lassen Sie uns doch erst einmal die Plätze bauen. All das ist notwendig, und wenn gebaut wurde, brauchen wir noch Menschen, die bereit sind, die Kinder zu betreuen. Das ist in einem Gesamtkonzept zu sehen.

(Zuruf von der SPD: Wo ist das?)

Auch hier gilt: Niemals wurde für Kinder, für Familien so viel getan wie im Moment in Bayern.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wenn wir noch nicht am Ende sind, dann ist das nicht kritikwürdig, sondern zeigt, dass die Masse der Maßnahmen und der Investitionen eben auch eine Herausforderung ist und gewisse Zeit braucht. Wir unterstützen die Kommunen, die im Übrigen zuständig für das Ganze sind – nicht der Staat. Wir unterstützen die Kommunen mit Rekordzuschüssen in allen Bereichen. Deswegen bin ich sehr stolz auf diesen Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, das alles ist kein Zufall, sondern Strategie. Bayern erleben, heißt von Anfang an: Kinder, Familie, Schule, der beste Arbeitsmarkt, die Hochschulen, Forschung, die Infrastruktur im ländlichen Raum, die Kommunen, unterstützt wie nie – alles in diesem Nachtragshaushalt für 2019 und 2020. Wir stemmen die Herausforderungen der Zukunft, ohne dass wir irgendetwas vernachlässigen. Auf diese Diskussion bin ich stolz. Ich darf einen Nachtragshaushalt vorstellen, der es fast verdient hätte, ein Doppelhaushalt zu sein. Nachtragshaushalte sind eigentlich dafür da, nachzjustieren, nachzusteuern und noch einmal zu überlegen. Wir legen hier schon den nächsten großen Schritt für Bayerns Zukunft vor.

Diesen nächsten Schritt für Bayerns Zukunft werden wir in den nächsten Wochen und Monaten im Haushaltsausschuss beraten können. Ich freue mich auf die Beratungen. Bei allem, was hier vorliegt, habe ich nur positive Ergebnisse zu vermelden. Deswegen sind Beratungen über die Möglichkeiten, die wir hier in Bayern haben, geradezu ein Jungbrunnen. Eine wunderbare Diskussion steht uns in der Weise bevor: Innovation und Investition, das Traumpaar der Zukunft, abgebildet im Nachtragshaushalt 2019/2020 des Freistaats Bayern. – Ich freue mich auf die gemeinsamen Beratungen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die gemeinsame Beratung beginnen wir jetzt mit der Aussprache zu den beiden Gesetzentwürfen. Dabei beträgt die Gesamtredezeit der Fraktionen 119 Minuten. Auf die CSU entfallen 35 Minuten, auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 21 Minuten, auf die FREIEN WÄHLER 18 Minuten, auf AfD und SPD jeweils 16 Minuten und auf die FDP 13 Minuten sowie auf die beiden fraktionslosen Abgeordneten jeweils 4 Minuten.

Als erster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Ganz schön schnell, Herr Minister, uns noch im alten Jahr den Nachtragshaushalt zu präsentieren! Erinnern Sie sich alle noch? Ich war ganz neu als Abgeordnete, da forderte Herr Ministerpräsident Söder einen neuen Stil im Umgang unter Demokraten. Einen guten Stil, habe ich angenommen. Aber der neue Stil bedeutet wohl, dass erst die Presse und dann der Landtag über den Nachtragshaushalt informiert wird.

Wenn man genauer hinschaut, versteht man, warum es so pressiert. Sie setzen die Tilgung des fast abgelaufenen Jahres 2019 herunter, Mitte Dezember, die Tilgung, die schon laut Plan nur 250 statt 500 Millionen Euro betragen hat. Für das Jahr 2020 reduzieren Sie die Schuldentilgung von 750 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro. Ihr

Wahlversprechen von 2013, die Schulden bis zum Jahr 2030 aus dem Haushalt tilgen zu wollen, kassieren Sie jetzt selbst ein.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Diese Mini-Tilgung von 50 statt 750 Millionen Euro ist nur noch reines Alibi. Da hätten Sie auch einen symbolischen Euro hineinschreiben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei haben Sie den Abbau von Schulden immer als Ausrede verwendet, um den Pensionsfonds für unsere Beamtinnen und Beamten nicht im erforderlichen Maß zu bedienen. Jetzt zahlen die nachfolgenden Generationen doppelt, alte Schulden und Pensionen. Da brauchen wir eigentlich gar nicht mehr die Kritik des ORH, um uns zu wundern, dass durch den Verzicht auf die Tilgung 700 Millionen Euro frei werden und Sie trotzdem nur 248 Millionen Euro für Investitionen verwenden.

Ihr neuer Stil heißt auch, dass wir in gemeinsamen Ausschüssen beschließen, dass es mit mehr Geld für die Sanierung des Deutschen Museums erst weitergeht, wenn im Herbst 2020 ein detaillierter Plan vorliegt. Ich möchte Sie nur erinnern: Bis jetzt hat die Sanierung 445 Millionen Euro gekostet. Zum neuen Stil, Herr Minister Sibler, gehört aber wohl auch, dass Sie an die Presse gehen und ohne Planung und Abstimmung weitere 150 Millionen Euro aus Bayern ankündigen.

Natürlich sind wir für die Sanierung des Deutschen Museums. Das ist ein Juwel in Deutschland. Aber gerade deshalb muss man nicht neues Geld lockermachen, bevor geklärt ist, warum die bisherige Förderung nicht gereicht hat. Weiterzuarbeiten ohne Konzept, fördert die Ineffizienz und die Salami taktik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das aber nur am Rande. – Wie schaut er denn aus, der Nachtragshaushalt? Wofür wollen Sie denn das viele Geld ausgeben? – Mit dem vorliegenden Entwurf und sei-

nen Verpflichtungsermächtigungen binden Sie für die neuen Haushaltsjahre bereits Geld in Höhe von 2,74 Milliarden Euro. Zu den 2,74 Milliarden Euro – der Herr Minister hat es gesagt – kommen noch die laufenden Ausgaben für die Wahlversprechen hinzu: das Landespflegegeld, das uns keinen einzigen Pflegeplatz und keine einzige Pflegekraft mehr bringt, das Familiengeld, das uns keine Erzieherinnen bringt, eine Beitragsfreiheit, die die Qualität in der Kita nicht steigert, und eine Eigenheimzulage sowie ein Baukindergeld, die der Wohnungsnot definitiv nicht abhelfen. Das wird uns bis zum Jahr 2023 noch einmal 5,3 Milliarden Euro kosten, und das alles sind Zuschüsse, keine Investitionen. Somit sind 8 Milliarden Euro, ungefähr so viel wie unsere Rücklage, einfach weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das nach Jahren höchster Steuereinnahmen in Bayern. Respekt! Das schafft auch nicht jeder. Das ist die Quittung dafür, dass jahrzehntelang nur auf Sicht gefahren wurde. Es ist eine Kunst, in steuerstarken Jahren nicht in den ÖPNV zu investieren, nicht in unsere Schulen, in unsere Universitäten, in die Kinderbetreuung, in die Pflege zu investieren. Das alles kommt jetzt auf einen Schlag. Es ist klar: Das ist super teuer.

Wenn Sie kein Problem damit haben, das Wahlversprechen zur Schuldentilgung zu kassieren – unsere Idee war es ohnehin nicht; wir haben seit vielen Jahren zukunftsgerichtete Investitionen vorgeschlagen –, dann kassieren Sie aber bitte gleich auch die teure Wahlwerbung von 2018.

Apropos Wahlwerbung: Haben Sie es schon gehört? Alle, die jetzt 18 werden, bekommen von unserem Ministerpräsidenten ein persönliches Glückwunschs schreiben. Erstens hätte es mich sehr gefreut, wenn die Sechzehnjährigen angeschrieben worden wären und wenn ihnen dazu gratuliert worden wäre, dass das Wahlalter endlich gesenkt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens gibt der Herr Ministerpräsident – er ist jetzt leider nicht mehr da – dafür in der Pressemeldung Sachkosten in Höhe von 100.000 Euro an. Können Sie mir erklären, warum im Nachtragshaushalt aber knapp 5 Millionen Euro stehen, noch ohne Personalkosten? – Sie argumentieren mit Demokratieerziehung und verlagern die Adressdatenverarbeitung zu sich ins Ressort. Ja, Herr Ministerpräsident, stärken Sie tatsächlich die politische Bildung! Stärken Sie die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit! Erhalten Sie unsere Gedenkstätten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir lesen: Errichtung einer Stiftung zum Jugendaustausch, 5 Millionen Euro und dann noch einmal 32 Millionen Euro bis zum Jahr 2025. Bei genauerem Hinschauen sind aber nur 1,9 Millionen Euro davon für die Austauschprogramme selbst. Dann geben Sie doch bitte das Geld lieber gleich dem Bayerischen Jugendring; denn er führt schon längst Austauschprogramme durch, und den Jugendverbänden fehlen heuer 900.000 Euro für die Basis- und Strukturförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann Ihre sogenannte Hightech-Agenda. Das klingt gut, bleibt aber zum Beispiel bei der wichtigen Forschung für Energie äußerst schwammig. Alle Schlagwörter im Nachtragshaushalt lesen sich gut: Leuchtturmprojekt, Forschungsinitiative, KI-Kompetenzen, Gesundheitsforschung, Lernlabor. Forschung ist schön und gut, aber ganz ehrlich: Wir haben in Bayern nicht so viel Erkenntnisdefizit wie Handlungsdefizit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Forschung bei uns dann so aussieht wie am Institut der LMU in Oberschleißheim, wo die Schweindl so gehalten werden, dass man sich schämen muss, frage ich Sie: Haben Sie da nicht noch ein bisschen Geld für einen Stall, in dem sich die Tiere umdrehen können, und ein bisschen Geld für ein bisschen Stroh?

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Sie müssen mal zu den Bauern hingehen und sich das anschauen! Das ist ja unglaublich!)

Offensichtlich muss der aktuelle Haushalt auch noch Maßnahmen aus der Hightech-Offensive von Herrn Stoiber übernehmen, da deren Mittel ausgelaufen sind. Zwanzig Jahre nach der Offensive kommt jetzt die Agenda. Was waren eigentlich die Effekte dieser Offensive, nach denen auch der ORH schon einmal gefragt hat? Welche Kriterien setzen Sie diesmal an, um anschließend einen Erfolg messen zu können? – Nur zu messen, wie hoch die Ausgaben waren, ist noch kein Kriterium für Erfolg.

Zugunsten einiger Projektfinanzierungen lassen Sie die Grundfinanzierung etablierter Forschungseinrichtungen hinten runterfallen, zum Beispiel für das Zentrum für Telematik in Würzburg. Und haben Sie die Pflegestudiengänge vergessen?

Für Berufsbildungsinvestitionen gibt es 10 Millionen Euro, die unter dem Titel "Schulungsstätten des Handwerks" veranschlagt werden. Schaut man auch hier genauer hin, stellt man fest, es ist ein Projekt der Kfz-Innungen, das erst 2023 starten soll. Damit werden doch nicht die betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen der Automobilzulieferer und deren Beschäftigte erreicht. Die Beschäftigten bekommen nur Zuschüsse in Höhe von 3 Millionen Euro. Dafür kürzen Sie bei der Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlechthin, der beruflichen Bildung, wieder eine knappe Million Euro. Die Weiterbildung dient dazu, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eben nicht arbeitslos werden, sondern nahtlos Anschluss finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und überhaupt und immer wieder, wenn's nicht aufgeht: globale Minderausgabe. Das ist sogar in der Hightech-Agenda so. Zitat aus dem Nachtragshaushalt: Einsparungen sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen. – Das ist doch lächerlich. Sie geben den Ressorts mehr Mittel und fordern dann zur Unterbesetzung auf. Wie soll denn da etwas Vernünftiges herauskommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weitere interessante Posten in Ihrem Nachtragshaushalt: Unter "Verstärkung von Investitionsmaßnahmen" stehen 40 Millionen Euro für die persönlichen Anliegen der Mitglieder der Regierungsfraktionen. Wie haben Sie das gemeint? Als Spielgeld in jedem Stimmkreis vor der Kommunalwahl?

Der für unsere Lebensgrundlagen wichtigste Posten ist der Klimaschutz. Sie haben uns allen Anfang des Jahres eine Liste geschickt, was Sie beim Klimaschutz schon alles machen. Damals sind Sie auf 2,066 Milliarden Euro gekommen. Jetzt gelten 60 Millionen Euro im Nachtragshaushalt als angeblich fünfzig Prozent mehr – 50 % wären aber 1 Milliarde Euro. Schön wär's! Sie rechnen sich die Klimaschutzmaßnahmen einfach so hin, wie Sie es brauchen.

Nehmen wir Ihre Liste vom Jahresanfang als Grundlage, stehen im Nachtragshaushalt gerade einmal drei Prozent mehr für Klimaschutz. Wen wollen Sie beeindrucken? Das Klima?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

60 Millionen für die Klimaoffensive – diese Summe geht aber zu einem Großteil dafür drauf, die Schäden der Erdüberhitzung durch Waldumbau und Wiederaufforstung zu begrenzen. Das sind Maßnahmen zur Klimaanpassung, aber nicht für den Klimaschutz. Für Moore gibt es zum Beispiel nur 200.000 Euro. Es wäre gesamtwirtschaftlich sinnvoller gewesen, hätten Sie schon lange in echten Klimaschutz investiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann müssten wir nicht alle den Klimaschäden hinterherarbeiten. Sie sprechen immer so gerne davon, Klimaschutz von der Konjunkturentwicklung zu entkoppeln. Das schaffen Sie mit Sicherheit nicht allein mit Ihren Miniförderprogrammen. Investieren Sie in die energetische Sanierung unserer Häuser! Bringen Sie ein Tempolimit auf den

Weg! Weisen Sie Windkraftgebiete aus! Kümmern Sie sich um die Solarpflicht bei Neubauten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig konterkarieren Sie den Klimaschutz und setzen 40 Millionen für den Neubau von Staatsstraßen obendrauf. Sie sind ja schon beim Erhalt der Straßen völlig ins Hintertreffen geraten. Lesen Sie den ORH-Bericht! Sanieren Sie doch erst mal die vorhandenen Straßen, bevor Sie mit neuen Straßen neuen Verkehr erzeugen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Sie reden vom Klimaschutz und erhöhen die Fördermittel für Seilbahnen in Skigebieten um 10,3 Millionen Euro.

(Zuruf von der AfD: Bravo! Richtig!)

Bei den staatlichen Gebäuden sollen die Ausgaben für Sanierung um 7,5 Millionen Euro steigen. Wie viele Gebäude wollen Sie eigentlich damit sanieren? Ein halbes?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Die CSU hat den Bauunterhalt vernachlässigt und muss jetzt 100 Millionen Euro in die Sanierung und den Bau von Hochschulgebäuden stecken. Es ist dreist, dass Sie sich für diese unterlassenen Investitionen auch noch loben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Wort zu den Einnahmen: Die Einnahmen aus Gemeinschaftssteuern müssen 2020 trotz 190 Millionen Euro Umsatzsteuerausgleich für Asylkosten, die vom Bund kommen, um 545 Millionen Euro nach unten korrigiert werden. Was die Steuereinnahmen letztlich rettet, sind 478 Millionen Euro Mehreinnahmen durch die Erbschaftsteuer. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, gut für Bayern, dass sich die CSU mit der Abschaffung der Erbschaftsteuer nicht durchsetzen konnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ob das draußen auch so gesehen wird?)

Wir haben natürlich auch die Zulage im öffentlichen Dienst gesehen, die endlich steigt. Wir sehen auch die neunzig Richterstellen und die Stellenhebung an den Grund- und Mittelschulen, die eigentlich nur ein Trostpflaster dafür ist, dass es doch kein A13 gibt. Wir haben auch gesehen, dass endlich die Mittel für den Digitalbonus Plus erhöht wurden. Bis jetzt war es ein Trauerspiel, wenn Unternehmer vor dem PC saßen und um die Wette versuchten, den komplizierten Antrag auszufüllen, bevor die Frist schon wieder abgelaufen war.

Auch nach diesem Nachtragshaushalt bleiben unsere dringendsten Hausaufgaben: der Klimaschutz, die Sicherung der Standortfaktoren für unsere Unternehmen und der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. In diesem Sinne werden wir bei den Beratungen im neuen Jahr fundierte Anträge einbringen. Vielleicht überlegen Sie es sich diesmal und diskutieren mit uns ernsthaft auch über alle Anträge der Oppositionsfraktionen. Vielleicht sparen Sie sich die Energie für Ausreden, warum diese Anträge abzulehnen sind. Das erwarten sowohl die Menschen als auch die bayerische Wirtschaft von uns. Vielleicht bringen wir dann alle miteinander sinnvolle Ergänzungen für eine wirklich nachhaltige und vorausschauende Politik auf den Weg.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Nachtragshaushalt für die Jahre 2019 und 2020 bleibt die Regierungskoalition auf Zukunftskurs. Wir setzen natürlich auch neue Schwerpunkte.

Lieber Finanzminister, der Nachtragshaushalt stellt eine gelungene Aufgabe und eine hervorragende Arbeit dar. Ich kann nur Dank dafür sagen, dass die Schwerpunkte, die

der CSU-Fraktion wichtig sind, wiederum gesetzt worden sind. Frau Kollegin Köhler, wir wirtschaften solide, investieren natürlich in die Zukunft und machen nicht die Fehler, die in rot-grün-regierten Ländern immer wieder und regelmäßig gemacht werden. Der Freistaat Bayern ist für solide Staatsfinanzen und für Generationengerechtigkeit bekannt. Das ist uns besonders wichtig. Entscheidend ist nicht das Wahlalter, entscheidend ist, ob wir generationengerecht miteinander umgehen. Da geht es um Ökologie, Ökonomie, aber auch sehr stark um Finanzen. In diesem Sinne haben Rot und Grün dort, wo sie regieren, gar nichts zu bieten.

Ein ausgeglichener Haushalt ist die Erfindung der CSU im Bayerischen Landtag. Wir waren die Vorreiter. Als ich 2003 in den Bayerischen Landtag gewählt wurde, haben wir unter großen Schmerzen den Haushalt saniert. Das war nicht einfach. Wer hat uns angegriffen? Wer hat sich in nächtelangen Sitzungen dagegen ausgesprochen? – Das waren die Fraktionen von SPD und der GRÜNEN. Und heute wollen Sie uns über einen ausgeglichenen Haushalt und Nachhaltigkeit bei den Finanzen belehren!

Natürlich wollen wir auch weiterhin die Schulden tilgen. Darum haben wir auch den eher symbolischen Betrag von 50 Millionen Euro belassen. Aber wir wollen zur richtigen Zeit Schulden tilgen, nämlich dann, wenn es sinnvoll ist. Heute haben wir großen Investitionsbedarf und sehr niedrige Zinsen, sodass wir nicht in dem Maße von einer Schuldentilgung profitieren, wie das noch vor einigen Jahren der Fall war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion steht zusammen mit den FREIEN WÄHLERN für Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und Besonnenheit in der Finanzpolitik. Wir wollen sparsam wirtschaften – ein Fremdwort für andere Parteien. Liebe Frau Kollegin Köhler, Ihnen sei gesagt: Welches Bundesland hat es geschafft, unter rot-grüner Regierung dreimal hintereinander einen verfassungswidrigen Haushalt vorzulegen? – Das war NRW.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Kollege Güller, dass Ihre Partei den damals verantwortlichen Finanzminister Walter-Borjans jetzt zum Parteivorsitzenden gewählt hat, setzt dem Ganzen die Krone auf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der bayerische Haushalt ist ein Rekordhaushalt. Durch den Nachtrag wird er noch verstärkt. Zu den 124,7 Milliarden Euro, die wir im Mai beschlossen haben, kommt noch fast eine Dreiviertelmilliarde Euro hinzu. Der Haushalt ist zukunftsfähig, innovativ, wissenschaftsorientiert, aber auch Ökologie und Klimaschutz kommen nicht zu kurz. Das gilt auch für das Soziale. Frau Kollegin Köhler, Sie haben unsere Wertschätzung für die ältere Generation, das Pflegegeld, die Glückwunschscheiben kritisiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist uns die ältere Generation keine Gratulation wert? – Ich finde es super, dass sich unser Ministerpräsident Markus Söder auch der älteren Generation zuwendet. Das hat sie verdient. Das sind die Menschen, die unser Land aufgebaut haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben inzwischen den 15. Haushalt ohne neue Schulden. Welches Bundesland kann das vorweisen? Wohlgermerkt, den 15. und nicht den 5. Haushalt! – Das wird von allen führenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Organisationen bestätigt. Standard & Poor's hat uns für 2019 ein Spitzenrating gegeben, Moody's und Scope-Ratings ebenfalls. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das waren durchgehend Bestnoten für Bayern, und das schon seit 1998. Wo in der Welt gibt es ein Land, das für seine Finanzpolitik auch international gelobt wird? – Dies ist auch der Grund dafür, dass viele Unternehmen nach Bayern kommen. Sie wissen: Hier wird nachhaltig gearbeitet, hier wird Zukunft geschaffen, und hier wird nicht kurzfristig gedacht, so wie das bei anderen politischen Kräften leider Gottes der Fall ist.

Natürlich kennen wir die Steuerschätzungen. Aus dem sprunghaften Anstieg ist nun eine Seitwärtsbewegung geworden. Wir haben noch ein solides Niveau erreicht.

Deutschlandweit haben wir bereits Rückgänge, und darauf müssen wir natürlich Rücksicht nehmen. Das heißt, wir müssen vorsichtig planen, wir brauchen Ausgabendisziplin, und wir müssen die Schwerpunkte richtig setzen. Die Hightech-Agenda, die Artenvielfalt, der Klimaschutz – das alles setzen wir in den Nachträgen für 2019/2020 verantwortungsvoll um.

Die Schuldentilgung reduzieren wir bewusst, nicht weil wir nachlässig geworden wären, sondern weil wir einen hohen Investitionsbedarf sehen. Wir wissen, wenn wir spitze bleiben wollen, wenn wir weiterhin hohe Einnahmen haben wollen, dürfen wir nicht nur reagieren, sondern müssen auch agieren. Wir müssen in der Wissenschaft und der Wirtschaft vorangehen. Deshalb stellen wir das Ziel der Schuldentilgung kurzfristig, aber nicht langfristig zurück. Natürlich wollen wir weiterhin Schulden tilgen, und wir sind so ehrlich, zu sagen: Momentan ist das in der alten Größenordnung nicht angezeigt. Aber wir werden mit der neuen Schwerpunktsetzung auch künftig hohe Steuereinnahmen erzielen und damit in der Zukunft Schulden tilgen können.

Jetzt sprechen wir über die jüngere Generation: Dieses Versprechen der CSU, nachhaltig zu wirtschaften, richtig zu investieren und keine Schuldenberge zu hinterlassen, gilt weiterhin. Deshalb wollen wir keinen Innovations- oder Zukunftsfonds, eine Bildungsmilliarde oder Ähnliches. Das wäre eine versteckte Verschuldung, der wir nicht näher treten wollen. Sie heißt nur anders. Das wollen wir unseren Kindern und Enkeln nicht antun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ein paar Punkte aus dem Nachtragshaushalt herausgreifen, die aus unserer Sicht besonders wichtig sind. Wir alle haben festgestellt, dass die Kurzarbeit mittlerweile leicht ansteigt. Einzelne Unternehmen haben Schwierigkeiten. Auf bestimmten Feldern läuft der Export nicht mehr so, wie er sollte. Trotzdem ist der Arbeitsmarkt in Bayern außergewöhnlich gut und stabil. Wir haben immer noch Vollbeschäftigung. Deshalb wollen wir jetzt antizyklisch handeln. Wir investieren jetzt, um dafür zu sorgen, dass der Arbeitsmarkt auch in Zukunft stabil bleibt. Wir investieren in unsere Kinder, in die Schule, in die Hochschule, in die berufli-

che Bildung, in Straßen, Schienen, den öffentlichen Nahverkehr und in die Digitalisierung.

Die Investitionsquote ist im Vergleich zu den westdeutschen Flächenstaaten, mit denen wir uns vergleichen, mit 14,6 % sensationell hoch und steigt weiter an. Die Technologieoffensive, die unser Ministerpräsident Markus Söder verkündet hat, ist herausragend. Ein solches Programm gab es bundesweit in den letzten zehn Jahren nicht mehr. Als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort sind wir zukunftsfähig. Dafür tun wir alles. Wir schließen an Strauß und Stoiber an, die die Modernisierung Bayerns immer konsequent vorangetrieben haben. Das wollen wir auch in Zukunft so beibehalten; denn wir wollen an der Spitze des Fortschritts stehen. Das ist echte konservative Politik.

Wir tun dies bei der Forschung und bei der Industrie. Wir setzen dabei nicht einseitig auf bestimmte Technologien. Wir wollen in der Forschung offen sein. Die Elektromobilität ist sicherlich wichtig und hat auf bestimmten Feldern Zukunft. Sie ist aber nicht die Lösung der Mobilitätsproblematik. Wir wollen nicht einseitig auf die Elektromobilität setzen. Wir wollen mit Offenheit für andere Technologien und alternative Kraftstoffe auch dem Verbrennungsmotor eine Zukunft geben. Bayern hat vom Verbrennungsmotor immer gut gelebt. Wir wollen uns nicht mit einer einseitigen Ausrichtung falsch positionieren und damit eine falsche Richtung einschlagen. Elektromobilität ja, aber auch weiterhin Verbrennungsmotor mit neuen Kraftstoffen. Bayern setzt hier einen entscheidenden Schwerpunkt. Das gilt auch für die Künstliche Intelligenz und die Robotik.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden in dieser Legislaturperiode 2 Milliarden Euro in Wissenschaft und Wirtschaft investieren. Außerdem werden 10.000 neue Studienplätze entstehen und 1.000 neue Professuren geschaffen. Dies geschieht bereits im Nachtragshaushalt. Ich danke unserem Finanzminister, dass er diese Ziele im Nachtragshaushalt so stark verankert hat. Wir haben 345 Millionen Euro, 689 neue

Stellen und über 1 Milliarde Euro Verpflichtungsermächtigungen. Das ist ein starkes Zeichen. Wir warten nicht, sondern wir handeln jetzt.

Wir haben in Bayern Gott sei Dank mehrere Spitzenuniversitäten. Wir brauchen aber auch akademische Bildung in der Fläche. Wir brauchen die HAWs. Wir brauchen außerdem eine Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Was in der Wissenschaft erfunden wird, muss zur praktischen Anwendung gelangen. Außerdem wollen wir den Mittelstand und die berufliche Bildung mitnehmen. Beides ist für uns ganz entscheidend.

(Harald Güller (SPD): Ihr habt dafür bloß keine Haushaltsansätze geschaffen!)

– Lieber Herr Kollege Güller, diese Punkte sind in Bayern bestens abgebildet. Wir steuern mit dem Nachtragshaushalt nach. Wir wollen jetzt nicht die Welt auf den Kopf stellen. Der Haushalt ist hervorragend. Wir steuern nur dort nach, wo sich im letzten Jahr Veränderungen ergeben haben. Dazu gehört, dass wir unserer Automobilindustrie helfen. BMW und Audi sind die Platzhirsche, die Leitunternehmen. Wir wollen aber auch die Zulieferer, die auf dem Land verbreitet sind, stützen, indem wir in die Forschung investieren. In der Bevölkerung wird oft behauptet: Für BMW und Audi habt ihr Geld. Nein, hier geht es um die Forschung und die Weiterentwicklung. Hier geht es nicht darum, eine Wirtschaftsförderung zu betreiben, indem Unternehmen gestützt werden. Wir ebnen den Unternehmen einen Weg in die Zukunft und setzen auf das, was Bayern immer ausgezeichnet hat, nämlich modernste Technologie, auch in der Automobilindustrie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der Vergangenheit die Entstehung vieler Technologietransferzentren angestoßen. Wir wenden auch viel Geld für Baumaßnahmen auf. Albert Füracker hat es ausgeführt: Die Investitionen im Hochbau steigen wie noch nie. Zwei Drittel innerhalb weniger Jahre sind eine herausragende Leistung. Diesen Umfang kann auch die Bauverwaltung umsetzen. Hier schreiten wir kraftvoll voran. Insbesondere im Bereich des Wissenschaftsministeriums, lieber Kollege Robert

Brannekämper, ist es mir ein ganz besonderes Anliegen mit vorn dabei zu sein und Herrn Minister Sibler zu unterstützen.

Auch die Mittelstandsoffensive mit 114 Millionen Euro ist entscheidend wichtig. Ich denke da an den Digitalbonus. Vor Kurzem war ich mit dem Kollegen Kirchner vom Wirtschaftsausschuss bei einem Unternehmen in meinem Stimmkreis zu Besuch, das den Digitalbonus genutzt hat. Es ist ein kleines Unternehmen, ein Mittelständler, und man sieht an diesem Beispiel, wie wichtig es ist, gerade den Mittelstand zu unterstützen. Wir tun es auch gern und mit Überzeugung.

Auch die Artenvielfalt und den Klimaschutz haben wir im Auge. Hier gibt es deutlich mehr Mittel, als wir anfangs ohnehin schon bereitgestellt hatten. Wir hatten bereits im Doppelhaushalt eine Viertelmilliarde Euro verankert und geben jetzt noch einen ordentlichen Zuschlag von 50 %. Damit stellen wir hier jährlich eine gewaltige Summe bereit.

(Beifall bei der CSU)

Auch im Klimaschutz ist Bayern führend. Auch wenn Sie das, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite des Hohen Hauses, nicht glauben wollen: Wir sind hier führend.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir forsten auf; 30 Millionen junge Bäume werden zusätzlich gepflanzt, und darüber hinaus fördern wir den Waldumbau auch im privaten Bereich. Außerdem helfen wir mit, den Schädlingsbefall in diesem Bereich zu bekämpfen.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN)

Als Nächstes nenne ich – da komme ich nun fast zum Schluss – unsere Investition in die Staatsstraßen. Die Staatsstraßen sind die Lebensadern des ländlichen Raumes. Wir haben hierfür 40 Millionen Euro zusätzlich im Nachtragshaushalt vorgesehen. Die-

sen Stand hatten wir noch nie. Mit ihm können wir das große, weitverzweigte Netz modern halten. Dies ist für die Entwicklung des ländlichen Raumes von ganz entscheidender Bedeutung, und damit ist es der CSU auch ein besonders wichtiges Anliegen.

Wir schaffen 400 Stellen für die Grundsteuer. Das bayerische Einfachmodell ist ein Erfolgsmodell, das inzwischen in ganz Deutschland kopiert wird. Wir haben Anfragen aus ganz Deutschland, wie wir das machen. Wir brauchen dafür deutlich weniger Stellen, als es das Scholz-Modell erfordert hätte. Die geschaffenen Stellen brauchen wir aber, und wir werden diese Menschen ausbilden, damit wir die Reform zeitgerecht umsetzen können. Es ist ja auch ein Merkmal Bayerns, die Dinge, die wir angestoßen haben, konsequent zu Ende zu führen.

Ich darf deshalb allen Danke sagen, die daran mitwirken, allen hier im Hohen Hause, insbesondere den Fraktionen, die kooperationsbereit sind. Wir haben in den letzten Beratungen auch Anträge der Opposition aufgenommen. Es ist nicht so, liebe Kollegin Köhler, wie Sie das behaupten.

(Harald Güller (SPD): Einen einzigen SPD-Antrag habt ihr aufgenommen!)

– Immerhin!

(Heiterkeit bei der CSU)

Es könnte auch ein Aspekt des Minderheitenschutzes gewesen sein, lieber Kollege Güller, aber wie auch immer: Wir haben es auf jeden Fall auch deshalb gemacht, um zu zeigen, dass wir nicht generell abgeneigt sind. Wir haben allerdings unsere Schwerpunkte. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Vielzahl der Anträge, die Sie immer ohne Gegenfinanzierungsvorschläge stellen, müssten wir bei deren Annahme unser Programm streichen.

(Harald Güller (SPD): Wäre auch nicht schlecht!)

Die Wählerinnen und Wähler in Bayern haben sich für diese Regierungskoalition entschieden. Deswegen machen wir die Politik, die der Wähler will. Ich glaube, so ist es richtig, und ich hoffe, dass wir in dieser Haltung auch in Zukunft wieder bestätigt werden.

Ich danke dem Herrn Finanzminister und seinem Haus und auch dem Ausschussbüro sowie allen, die hier im Hohen Hause guten Willens sind. Wir wollen gemeinsam zügig ab dem 12. Februar im Ausschuss beraten. Ich glaube, wir werden zu guten Ergebnissen kommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Anfang jeder Haushaltsrede muss zunächst der Dank stehen, der Dank an die Menschen in Bayern, an die Steuerzahler, an die Unternehmer, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer, die uns in die Lage versetzen, dass wir diese über 60 Milliarden Euro auch in diesem Jahr wieder zielgerichtet und vernünftig ausgeben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gestatten Sie mir zunächst eine direkte Ansprache an den Herrn Finanzminister, meinen Dank für den hochprofessionellen Entwurf, der die richtigen Schwerpunkte setzt. Das ist genau das, was diese Koalition auszeichnet.

Jetzt schauen wir kurz einmal nach Berlin. Dort gibt es einen Finanzminister und Vizekanzler, dem sogar die eigene Partei bescheinigt, dass er die falschen Schwerpunkte setzt. Das heißt, dass die schwarze Null, also die solide Finanzpolitik, eigentlich nicht das ist, was seine Partei wünscht. Ich glaube, lieber Albert Füracker, in unserer Koali-

tion bist du besser aufgehoben als dein Kollege in Berlin. Hier in Bayern kannst du vernünftig und gut arbeiten. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich komme zu meinem ersten Punkt, zur richtigen Schwerpunktsetzung. Sie zeichnet diese Koalition aus. Natürlich kann man auch andere Schwerpunkte setzen. Aber das hätte dann der Wähler draußen zu bewerten.

(Harald Güller (SPD): Muss man!)

– Ja, lieber Kollege Güller, wie setzen andere ihre Schwerpunkte? – Die SPD diskutiert gerade intern, was sie eigentlich will, eine schwarze Null, eine rote Null, oder die völlige Missachtung jeglicher Haushaltsdisziplin: Geld ausgeben, koste es, was es wolle. Gut, das kann man so machen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ich sage ganz offen, lieber Kollege Güller, ich denke da gern an die Siebzigerjahre zurück, an die Zeit, als die SPD ein Jahrzehnt lang in der Regierungsverantwortung stand. Da gab es regelmäßig ebenfalls Nachtragshaushalte, und zwar unterjährig, weil es im Bund keine Doppelhaushalte gab. Es gab unterjährige Nachtragshaushalte, aber da ging es nicht darum, dass man zusätzlich Geld verteilt hätte. Sondern man hat einen Nachtragshaushalt aufgestellt, weil das Geld nicht gereicht hat. Da musste man Kredite aufnehmen und sich diese vom Deutschen Bundestag absegnen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kollege Gehring sagt völlig zu Recht, die rote Null habe damals eine andere Bedeutung gehabt, und wenn die SPD wieder in die Regierungsverantwortung käme, was nicht absehbar ist, würde das sicherlich auch wieder so kommen.

Und was ist nun mit den GRÜNEN? – Die GRÜNEN haben im Bund und auch heute wieder gesagt, wohin sie wollen. Die GRÜNEN wollen umerziehen. Sie wollen keine

Tiere, sie wollen keinen Flächenverbrauch und keinen Verbrennungsmotor. Die GRÜNEN sagen, unter dem Vorwand des Klimaschutzes machen wir Verbotspolitik, denn wir wollen die Menschen so erziehen, wie wir sie gerne hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das kann man so machen, aber Gott sei Dank entscheiden die Menschen noch darüber, ob sie das auch wirklich wollen.

Sie haben ihr Klientel. Es gibt Menschen, die das gerne hätten, aber die Mehrheit sieht das Gott sei Dank anders. Wir werden dazu beitragen, dass diese Mehrheit derer stärker wird, die selber bestimmen und ihr Schicksal selbst in die eigene Hand nehmen will. Deswegen ist dieser Haushalt ein Haushalt, der die richtigen Schwerpunkte setzt, ein Haushalt der Wertschätzung für die Menschen, die hier in Bayern Leistung erbringen und die in Bayern diese Gesellschaft am Laufen halten und für den Wohlstand sorgen, damit wir für alle etwas tun können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deswegen bringen wir diesen Menschen Wertschätzung entgegen, müssen das allerdings auch noch in reale Politik umsetzen.

Zum Stichwort Wertschätzung: Ich sagte: keine Tiere! Wir bringen der Landwirtschaft Wertschätzung entgegen. Die Landwirtschaft hat bluten müssen; sie hatte wirklich harte Einschnitte zu verkraften.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Immer noch!)

Es waren allerdings Dinge dabei, die ich durchaus kritisch sehe. Es gibt aber nun einmal gewisse Voraussetzungen; es gibt gewisse Dinge, die umzusetzen sind. Wir fordern der Landwirtschaft etwas ab, müssen allerdings auch etwas zurückgeben. Ich nenne nur die Stichworte Schwerpunktsetzung und Wertschätzung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kollegen von der SPD, ich habe vor fünf Jahren gesagt, dass bezahlbares Wohnen die soziale Herausforderung der Gegenwart ist. Inzwischen sagt ihr das auch. Wenn das so ist, dann darf man keine verpflichtende Obergrenze für den Flächenverbrauch festsetzen,

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

dann muss man den Herausforderungen der Gegenwart mit Investitionen ins Bauen begegnen. Da kann man keine sozialistische Mietpreisbindung machen.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Da kann man dann auch nicht sagen: Es darf keine Fläche mehr verbraucht werden.

(Harald Güller (SPD): Da muss ich schon mal fragen, was dazu im Haushalt steht! – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Es sei denn, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie wollen Wohnsiedlungen wie aus den 1980er-Jahren haben, wie sie in Erfurt in der Rigaer Straße stehen. Wollen Sie diese schönen, wunderbaren Plattenbauten wie in Suhl?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn Sie das für Bayern wollen, dann sage ich: Natur- und Umweltschutz hat auch etwas mit Baukultur zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt komme ich zum Verbrennungsmotor. Ich bin sehr froh, dass wir einen Wirtschaftsminister haben, der weiß, wo die Industriestandorte und die industriellen Schwerpunkte sind. Hubert Aiwanger hat gesagt: Wir wollen nicht dort landen, wo Nordrhein-Westfalen jetzt ist. – Genau das ist der Punkt. Wir haben deutschlandweit die am besten funktionierende Wirtschaft, die am besten funktionierende Industrie. Warum? – Weil Bayern seit Jahrzehnten die richtige Wirtschaftspolitik macht. Natürlich

hätte man in Bayern den Versuchungen erliegen können wie andere Bundesländer auch. Nein, Bayern hat in den Jahrzehnten nach dem Krieg bis heute die richtige Wirtschaftspolitik gemacht, die diese Koalition jetzt fortführt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ganz ohne FREIE WÄHLER!)

– Ja, damit habe ich überhaupt kein Problem. Es gab auch vor den FREIEN WÄHLERN Politiker, die vorausschauend gearbeitet haben. Jetzt haben wir aber einen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wo ist er?)

der gegen den Trend sagt: Die Elektromobilität ist nicht das Alleinstellungsmerkmal Deutschlands und der Weisheit letzter Schluss. Wir müssen auch auf den Verbrennungsmotor setzen. – Selbstverständlich müssen wir schauen, dass wir klimaneutrale Antriebe hinbekommen, aber wer sagt denn, dass das mit dem Verbrennungsmotor nicht zu machen ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Wir setzen richtige Schwerpunkte. Deswegen investieren wir in Forschung, Entwicklung und Bildung. Hier sitzt unser Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist der Einzige, der da ist!)

Er weiß genau, dass die Rendite der nächsten Jahrzehnte jetzt in den Schulen ausgebildet wird. Wie in jeder Fußballmannschaft brauche ich nicht nur gute Spieler, sondern auch einen guten Trainer. Deswegen kämpft er ganz energisch dafür, dass die Lehrerinnen und Lehrer nicht nur wertgeschätzt werden, sondern dass ihre Zahl aufgestockt wird. Das haben wir im Doppelhaushalt abgebildet. Außerdem werden sie finanziell bessergestellt und dafür entlohnt und belohnt, was sie tagtäglich für die Zukunft unseres Landes leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Diese Bayern-Koalition investiert in die Zukunft, in Forschung, Entwicklung, Bildung, aber – und das ist den FREIEN WÄHLERN in besonderem Maße wichtig – auch in die Regionen und in die Mitte der Gesellschaft. Ich beginne mit der Mitte der Gesellschaft. Ja, ich weiß, es ist Rot-Grün ein Dorn im Auge, dass wir nicht nur in gewisse angeblich oder tatsächlich benachteiligte Gruppen investieren. Nein, wir geben Geld in die Mitte der Gesellschaft, und deswegen gibt es einen kostenfreien Kindergartenplatz, deswegen ist, dank der FREIEN WÄHLER, auch das Studium kostenlos. Wir haben keine Studiengebühren mehr. Warum? – Wir wollen die Mitte der Gesellschaft stärken, nicht nur diejenigen, die sagen: Ich bin besonders bedürftig. – Natürlich müssen wir uns auch um diese Menschen sorgen. Wir müssen aber auch der Mitte der Gesellschaft, den Menschen dort, dem Normalverdiener, aber auch dem Besserverdiener etwas zurückgeben; denn wir sind für alle Menschen in Bayern da und nicht nur der Anwalt einer kleinen Gruppe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Harald Güller (SPD): Und wo steht das im Haushalt?)

– Wo das im Haushalt steht, Herr Kollege Güller? – Bitte lesen Sie nach: kostenfreie Kindertagesstätten.

(Harald Güller (SPD): Das ist ein Bundesprogramm! Bundesgeld! – Volkmar Halbleib (SPD): Durchlaufende Kosten!)

Das ist einer der Punkte, die wir in den Haushalt eingebracht haben.

(Harald Güller (SPD): Bundesgeld! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben die Straßenausbaubeiträge abgeschafft und entlasten dadurch die Hauseigentümer. Das ist natürlich etwas, was eurem neuen Superstar Kevin Kühnert völlig entgegenläuft; denn der will die Hauseigentümer enteignen.

(Lachen bei der SPD – Horst Arnold (SPD): Sie haben keine Ahnung!)

Wir stärken die Mitte der Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir investieren in die Zukunft. Der Standort Bayern – Wohnen, Arbeiten, Unternehmen –, das ist die Zukunft. Immer mehr Menschen kommen nach Bayern. Ich sage: Es ist gut, dass mehr Menschen nach Bayern kommen; das ist auch eine Auszeichnung für den Freistaat Bayern. Zwischenzeitlich sind in Bayern über 13 Millionen Menschen. Die Menschen kommen gerne nach Bayern, weil sie in Bayern etwas anfangen können, weil sie in Bayern gute Lebensverhältnisse haben, weil die Rahmenbedingungen in Bayern stimmen. Die Rahmenbedingungen stimmen von der Verwaltung bis hin zur inneren Sicherheit. Wir sorgen dafür, dass diese Rahmenbedingungen für die Menschen so positiv bleiben.

Was heißt das? Was heißt das für die Unternehmen? – Wir investieren dank des Wirtschaftsministers und dank des Wissenschaftsministers in die Zukunft, in Forschung und Entwicklung. Wir sagen nicht: Nein, du darfst nicht. – Wir sagen: Wir nehmen die Herausforderungen des Klimaschutzes an und sehen zu, dass wir unter Aufrechterhaltung, vielleicht sogar unter Steigerung unseres jetzigen Wohlstandsniveaus die Wirtschaft, die Unternehmen, den Verkehr und das Wohnen klimaneutral gestalten. Das ist doch unsere Chance, das ist doch die Chance, die Deutschland hat!

Sie sagen: Wir Deutschen wollen klimaneutral sein. – Das ist den Afrikanern, den Indern und den Chinesen völlig egal; denn die sagen: Wir werden klimaneutral, wenn es uns so gut geht, wie es euch in Deutschland geht. – Dann haben wir nichts gewonnen. Diese Vorbildfunktion funktioniert doch nicht. Nein, wir müssen das einsetzen, was wir haben, und das sind unsere Technologie, unser Fortschritt, unsere wirtschaftliche Stärke. Genau da können wir Maßstäbe setzen, die dann auch tatsächlich weltweit umgesetzt werden können. Wenn wir Dinge entwickeln, wenn wir in der Forschung, gerade bei der Klimaneutralität neue Maßstäbe setzen, dann werden das andere Län-

der, andere Kontinente umsetzen. Dann haben wir wirklich etwas für den Klimaschutz erreicht. So geht Politik, aber nicht mit Verboten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich komme zu den Investitionen in die Regionen.

(Horst Arnold (SPD): Das ist substanzlos!)

– Herr Kollege Arnold, es kann schon sein, dass Sie das substanzlos finden. Ich finde es substanzlos, wenn man über eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro schwadroniert

(Unruhe bei der SPD)

und völlig aus dem Blick verliert, dass 12 Euro in München verdammt wenig sind, in verschiedenen Regionen von Mecklenburg-Vorpommern hingegen verdammt viel. Kümmern Sie sich doch einmal um gleichwertige Lebensverhältnisse – das ist der Punkt –, um bezahlbare Mieten in den Metropolen, aber ohne Enteignungspolitik, wie das Kühnert fordert.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dieser Ansatz wäre sicherlich auch für die Sozialdemokratie zukunftsweisend. Aber das müssen Sie mit sich ausmachen.

(Zuruf von der SPD: Alter Schwede!)

Wir machen vernünftige Regionalpolitik. Für uns ist Bayern auch in den Regionen stark und nicht nur in den Metropolen. Genau treiben die FREIEN WÄHLER seit elf Jahren, seitdem wir im Landtag sind, massiv voran.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist eine sehr überschaubare Leistung!)

Wir haben es aus der Opposition geschafft, dass die gleichwertigen Lebensverhältnisse als Grundsatz in die Verfassung aufgenommen werden. Wir kämpfen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner für den Ausbau von Straße und Schiene.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schauen Sie noch einmal nach! Die Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" haben wir durchgesetzt. Sie sind ignorant gegenüber diesen Fakten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Halbleib, der einseitige Fokus auf die Schiene zeugt von einer typischen Metropolpolitik. Wenn Sie in vier Stunden von Berlin nach München oder von München nach Berlin fahren, dann ist das schnell. Fahren Sie – ich habe dies schon das letzte Mal gesagt, Sie kommen aus dem Landkreis Würzburg – von Kürnach nach Waldkirchen im Bayerischen Wald. Dafür brauchen Sie definitiv wesentlich länger als von München nach Berlin, wenn Sie mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren.

(Harald Güller (SPD): Jetzt kommen Sie mal zum Nachtragshaushalt! Sie haben noch 40 Sekunden! – Volkmar Halbleib (SPD): Wir brauchen keine Belehrungen!)

Deswegen ist für den ländlichen Raum auch der Ausbau der Straße notwendig. Daran werden wir festhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor interessanten Haushaltsberatungen. Ich freue mich schon darauf, mit Ihnen die Anträge der Opposition zu diskutieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir freuen uns auf Inhalte!)

Wir sind handlungsfähig. Wir haben einen Haushalt, der in die Zukunft weist. Wir investieren in die Zukunft, damit Bayern auch zukünftig stark bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Ferdinand Mang das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Gegenstand dieser Debatte ist der Nachtragshaushalt für die Jahre 2019 und 2020. Nachtragshaushalt bedeutet, dass zusätzliche Steuereinnahmen nachträglich verteilt werden. Für 2019 sind das 200 Millionen Euro und für 2020 540 Millionen Euro. Auch wenn es die Vorredner bereits erwähnt haben, möchte ich darauf eingehen: Wie sehr hat die Staatsregierung noch beteuert, die Schulden bis 2030 zu tilgen. Nun wurde die Schuldentilgung von einer Milliarde Euro auf 100 Millionen Euro abgesenkt – und das bei Rekordsteuereinnahmen.

Wie soll es denn weitergehen, wenn jetzt mit der voll einsetzenden Rezession die Steuern nicht mehr so fröhlich sprudeln und der Bürger nicht mehr weiter ausgepresst werden kann, aber dafür Altersarmut erwarten darf? – Vor der Beantwortung dieser Fragen verschließt die Regierung die Augen. Das klagen wir an.

(Beifall bei der AfD)

Wofür möchte die Staatsregierung die zusätzlichen Steuergelder ausgeben, die von Kurzarbeit betroffene und von Arbeitslosigkeit bedrohte Bürger bezahlt haben? – Neben dem angekündigten KI-Programm möchte die Staatsregierung weitere 60 Millionen Euro, also insgesamt 290 Millionen Euro, in den sogenannten Klimaschutz investieren. Es ist zu befürchten, dass die Regierung damit den weiteren Ausbau von Wind- und Solaranlagen forcieren wird, anstatt mit ungefährlicher, moderner und deutscher Reaktortechnologie den vorhandenen hochgiftigen Atommüll kostengünstig in Energie zu verwandeln. Nein, Laptop und Lederhose gehören mit der Regierung Söder leider der Vergangenheit an. Weder Innovation noch Erhalt unserer Lebenskultur spielen in diesem Nachtragshaushalt eine wesentliche Rolle.

Auch für den Erhalt unserer Infrastruktur soll das Geld nicht ausgegeben werden. Für unsere Straßen und Brücken besteht ein Sanierungsstau von sage und schreibe 2,3 Milliarden Euro. Der Klimaschutz soll es sein, für den die Steuermillionen ausgegeben werden sollen. Dabei möchte die Regierung das Klima durch eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes schützen. Das Thema ist nicht neu. Unser Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Hahn, der auch in Klimatologie doziert hat, hat Ihnen schon viele Aspekte dargelegt, weshalb dieser von der Regierung forcierte Klimaschutz extrem umweltschädlich ist. Ich werde dieser Debatte nun einen juristischen Aspekt hinzufügen. Sie berufen sich auf die Wissenschaft, aber haben bisher kein einziges Gutachten oder einen anderen wissenschaftlichen Nachweis darüber vorgelegt. Die Regierungskoalition wollte den Klimaschutz in der Verfassung verankern, ohne einen wissenschaftlichen Nachweis vorzulegen, inwieweit der Mensch das Klima beeinflusst.

Liebe Kollegen, es ist Fakt, dass Sie ohne Nachweis von Fakten handeln. Versuchen Sie doch einmal Beweise vorzulegen. Bei diesem Stichwort verdient ein Prozess eines peruanischen Bauern gegen RWE besondere Aufmerksamkeit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sagen auch $1 + 1 = 3!$ Das ist das gleiche Thema!)

RWE ist ein Energieriese, der Strom aus Kohleverbrennung erzeugt. Das Haus des Bauern wurde in den Anden durch die Gletscherschmelze bedroht. Er musste in Schutzmaßnahmen investieren und forderte deshalb Schadenersatz. Der Bauer erreichte einen Teilerfolg vor dem Oberlandesgericht Hamm. Das Gericht sah die Klage als schlüssig an und gab dem Kläger lediglich auf, den Beweis für den durch den CO₂-Ausstoß des Menschen gemachten Klimawandels zu führen.

In den linksgrün verorteten Medien wurde der Fall öffentlichkeitswirksam verbreitet und zu Spenden aufgerufen. Das war im Jahr 2017. Seitdem hört man nichts mehr. Weshalb? – Der Schluss liegt nahe: Bis heute gibt es keinen gerichtsfesten Beweis, dass der Klimawandel durch einen vom Menschen verursachten CO₂-Ausstoß verursacht oder – zumindest gerichtlich relevant – mitverursacht wird.

(Beifall bei der AfD)

Gäbe es diesen nämlich, dann wäre RWE von einer Klagewelle überrollt worden. Das ist aber bis heute nicht geschehen.

Ich fasse zusammen: All diese angeblichen Studien, Rechenmodelle und sonstigen Forschungsergebnisse reichen nicht für ein gerichtsfestes Gutachten aus, und das sagt doch eigentlich schon alles. Ohne gerichtsfeste Beweise sehen wir keinen Grund zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes oder zur Investition von Geldern in den umweltschädlichen Klimaschutz. Wir lehnen daher die Ausgaben für den Klimaschutz ab.

(Beifall bei der AfD)

Die 60 Millionen Euro wären zur Linderung der Wohnungsnot sinnvoller angelegt. So entfallen in Zukunft Zuschüsse des Bundes für die Wohnraumförderung in Höhe von 77 Millionen Euro. Die Euro- und Migrationspolitik hat sich nicht geändert. Dank offener Grenzen müssen Jahr für Jahr weiterhin hunderttausende neuer Wohnungen gebaut werden. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass wir die Migrationspolitik kritisieren und nicht die Menschen, die aufgrund dieser Politik hierher gelockt wurden. Diesen machen wir das Versagen Ihrer Politik nicht zum Vorwurf.

(Beifall bei der AfD)

Daneben steigen die Baupreise inflationär an. Mittlerweile liegen die jährlichen Preissteigerungen bei 4,8 %, während das Lohnniveau der Arbeitnehmer stagniert. Mit diesen Geldern könnten Wohnbaugenossenschaften gefördert werden. Wohnbaugenossenschaften sind keine profitorientierten Unternehmen und haben schon vielen sozial schwachen Menschen eine bezahlbare, lebenswerte Wohnung ermöglicht.

Nein, nichts davon. Die Regierungskoalition verpulvert die Steuergelder in nicht grundlastfähigen, umweltschädlichen Zitterstrom und marschiert mit fliegenden Fahnen in den Blackout.

(Beifall bei der AfD)

Herr Kollege Pohl, Herr Kollege Zellmeier, Sie haben dargestellt, dass Sie den Verbrennungsmotor in Bayern erhalten wollen. Ihr CSU-Kollege Herr Ulrich Lange, Ihr Fachpolitiker für Verkehr in Berlin, hat ausgesagt, dass er den Wechsel vom Autoschrauber zum Mobilitätsdienstleister vorantreiben wolle. – Wie sind diese Aussagen miteinander in Einklang zu bringen?

(Zuruf von der CSU: Das ist doch nicht falsch!)

Wenden wir uns der Zukunft zu. Die Staatsregierung möchte im Rahmen der angekündigten Hightech Agenda insgesamt zwei Milliarden Euro investieren. Für den Ausbau der digitalen Infrastruktur ist das für unseren Wirtschaftsstandort sinnvoll. Doch sieht der Nachtragshaushalt als Leuchtturmprojekt die Errichtung von 100 neuen Lehrstühlen und 10.000 neuen Studienplätzen zur Erforschung und Entwicklung der KI mit Ausgaben in Höhe von insgesamt 230 Milliarden Euro vor. Mit welchem Ziel? Dient das unserer Volkswirtschaft? – Es ist doch so, dass jeder gut ausgebildete Informatiker ins bestbezahlende Ausland abwandert. Wir werden kein zweites Silicon Valley neu erfinden. Meine Damen und Herren Kollegen, dieser Transrapid ist schon lange abgefahren.

(Beifall bei der AfD)

Worin wird die digitale Revolution münden? – Am Ende der Entwicklung stehen Algorithmen, die so ausgefeilt sind, dass diese selbst Programme entwickeln können und am Ende Programmierer samt Professoren überflüssig machen. Diese Entwicklung ist absehbar. Bereits heute gibt es Algorithmen, die ohne menschliches Zutun eigene Maschinensprachen entwickeln und sogar Kreativität erreichen. Zuhörer können Musikstücke, die von Programmen komponiert wurden, nicht von Stücken der Originalkünstler unterscheiden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wie wäre es, wenn die Reden schreiben könnten?)

Die Zukunft gehört nicht dem Dienst am Rechner. Dieses Kalkül wird nicht aufgehen. Meiner Meinung nach gehört die Zukunft dem Dienst am Menschen.

Damit kommen wir zu einer neuen Forderung von uns in der kommenden Haushaltsdebatte. Worin wird der Dienst am Menschen bestehen? – Unsere Gesellschaft vergreist. Wir sollten uns weiß Gott nicht darauf verlassen, dass wir die Alterung der Gesellschaft durch Migration lösen können. Vielleicht bietet die Altersforschung neue Alternativen. Die Altersforschung hat in den letzten Jahren fast unbemerkt von der Öffentlichkeit bahnbrechende Erfolge erzielt. Die Forscher haben auf vielen Gebieten der Zell- und Molekularforschung die Ursachen von Alterskrankheiten und des Alterns an sich erforscht. So konnten für das Altern der Zellen verschiedene Ursachen festgestellt werden: Sinistre Zellen oder verkürzte Telomere, um Beispiele zu nennen. Man hat auch sogenannte Zelluhren entdeckt, die das Alter eines Menschen exakt wiedergeben.

Aus diesen und vielen weiteren Forschungsergebnissen haben Forscher den Schluss gezogen, dass Alterskrankheiten heilbar sind und das Altern selbst gestoppt werden kann. Aber das war nicht alles. Die Forscher der unterschiedlichen Disziplinen gehen davon aus, dass sogar das Altern an sich rückgängig gemacht werden könnte. Das war zuletzt in der "SPIEGEL"-Ausgabe Nr. 48 vom 23. November 2019 zu lesen. Das bedeutet in letzter Konsequenz, dass die Forschung sich nun anschickt, den Jungbrunnen in unseren Zellen zu entschlüsseln. Laut dem erwähnten "SPIEGEL"-Artikel gehen Wissenschaftler ernsthaft davon aus, dass die Menschen bis zum Ende dieses Jahrhunderts unsterblich sein könnten. Denken Sie an die Chancen, aber auch an die neuen Herausforderungen, wenn es der Forschung tatsächlich gelingt, Alterskrankheiten zu heilen oder gar den Alterungsprozess umzukehren.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ewiges Leben statt Haushalt – das ist mal ein innovativer Ansatz! – Unruhe)

Die Forschung in diesem Bereich wird eine neue gesellschaftliche Revolution auslösen, welche die industrielle und digitale Revolution wohl in den Schatten stellen wird. Auf diesem Gebiet haben wir noch die Chance, in die wichtige Grundlagenforschung einzusteigen und uns dort an die Spitze der Wissenschaft zu stellen, um Alterskrankheiten zu heilen und zu lindern. Das wäre ein Leuchtturmprojekt.

(Unruhe)

Verschlafen wir auch diese Entwicklung, rutschen wir als Wissenschafts- und in der Folge als Wirtschaftsstandort weiter nach hinten ab.

Mit diesem Appell komme ich auch zum Ende. Die Zukunft gehört nicht dem Dienst am Rechner, sondern dem Dienst am Menschen. Verehrte Damen und Herren Kollegen, nutzen wir die kommenden Chancen zum Wohle unseres Freistaats und zum Wohle unserer Nation! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Harald Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Warum stehen wir eigentlich heute hier und diskutieren so kurz vor der Weihnachtspause über diesen Nachtragshaushalt? Haben wir wichtige Entscheidungen zu treffen? Sind Investitionen anzustoßen, wie es Herr Füracker heute Morgen gesagt hat? Muss sich ganz schnell so viel verändern, um den Wohlstand zu erhalten? – Nein, wir stehen ganz profan hier, weil heuer noch die Schuldentilgung um 200 Millionen Euro zurückgefahren werden muss. Statt 250 Millionen Euro sollen lediglich 50 Millionen Euro getilgt werden. Sie müssen 200 Millionen Euro in den nächsten Haushalt übertragen. Bei dieser Gelegenheit nehmen Sie auch noch im nächsten Jahr 700 Millionen Euro an Tilgung zurück. Die Haushaltssicherungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage soll von 10 Milliarden

Euro Ende des Jahres 2018 auf 9 Milliarden Euro Ende des Jahres 2019 und auf 7 Milliarden Euro Ende des nächsten Jahres abgesenkt werden. Das Ganze geht einher mit einer gleichzeitigen Verarbeitung des neuen Länderfinanzausgleichs, bei dem das Land um 1,3 Milliarden Euro entlastet wird.

Herr Ministerpräsident, der Sie gerade nicht anwesend sind, und Herr Finanzminister, ich kritisiere das alles nicht. Ich stelle nur fest, dass dies ein massiver Bruch mit der Haushaltspolitik von Herrn Söder und Herrn Seehofer ist. Die Monstranz der Schuldentilgung bis 2030 schmeißen Sie mit diesem Haushalt mit voller Wucht in den Graben.

(Beifall bei der SPD)

Wir kritisieren aber, wie Sie mit diesen 900 Millionen Euro umgehen. Wir hinterfragen, ob Sie damit neue Investitionen anstoßen oder das Geld ideenlos, uninspiriert, mutlos und ohne schöpferische Kraft im Landeshaushalt versickern lassen. Leider ist Letzteres der Fall. Der Oberste Rechnungshof hat es Ihnen bereits in seiner Presseerklärung vom November ins Stammbuch geschrieben. Der Rechnungshof ist enttäuscht, dass von 900 Millionen Euro, die nicht mehr der Schuldentilgung dienen, gerade einmal 248 Millionen Euro in neue Investitionen gesteckt werden. Wo ist der notwendige Aufbruch, von dem der Finanzminister berechtigterweise heute Morgen um neun Uhr gesprochen hat?

(Beifall bei der SPD)

Ich nehme einen Teil ausdrücklich aus, nämlich das Thema Hightech-Agenda Bayern. Wir können ein bisschen über die PR-Aktion reden: KI-District Bayern, Gründung KI Mission Institute, bayerische KI-Fabrik, CleanTec, Knoten Data Science, Hyperloop-Team, Life-Science-Campus, SuperTech und Smart Bavaria Konzept. Das klingt alles schön und nett. Sie stellen dafür nächstes Jahr jedoch weniger investive, sondern meist konsumtive Mittel in Höhe von 346 Millionen Euro in den Haushalt ein. Das ist richtig. Wo bleibt aber die Initiative der Staatsregierung sowie der CSU und der FREI-

EN WÄHLER, für alle Studierenden in Bayern etwas zu tun? Wo bleibt die Initiative für unsere Universitäten im Allgemeinen?

(Beifall bei der SPD)

Wo bleibt der Einsatz für den so dringend notwendigen Aufwuchs im wissenschaftlichen Mittelbau der Universitäten und Hochschulen? Wo bleiben die Investitionen in den Ausbau von Studienplätzen – nicht erst in einigen Jahren, sondern bereits im Jahr 2020? – An dieser Stelle haben Sie es offenbar nicht so richtig eilig, sonst würden wir für die Haushaltsberatungen bis zur Zweiten und Dritten Lesung nicht bis zum 1. April nächsten Jahres brauchen. Das bedeutet: Der Haushalt kann erst Mitte des Jahres 2020 vollzogen werden. Wie verträgt sich das mit Ihrer Aussage, dass es so dringend notwendig sei, Investitionen anzustreben und neues Geld zu verarbeiten? – Das wird das Geheimnis der CSU und der FREIEN WÄHLER bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zu den Inhalten des Haushaltes. Wo bleibt in diesem Nachtragshaushalt der kräftige Aufschlag im Umwelt- und Klimaschutz? – Für den Umweltschutz werden 70 Millionen Euro und für den Klimaschutz 60 Millionen Euro bereitgestellt. Das sind die direkten Folgen des Volksbegehrens. Sie sind gezwungen worden, dies zu machen. Wo sind darüber hinausgehende Initiativen? Wo sind Ihre Ideen?

Zum Beispiel Photovoltaik: 3.000 Dächer gibt es auf den Gebäuden des Freistaats. Ganze 340, gerade mal 10 %, haben eine Photovoltaikanlage, obwohl über ein Drittel, so die Schätzung, dafür in Frage käme. Wo ist ein Programm dazu? Wo ist ein Programm zur Exploration der Geothermie? Wo ist ein echter Aufschlag eines Ihrer 96 Punkte, die Sie so wunderbar aufgeschrieben haben? – Die, die das Programm durchgelesen haben, haben festgestellt: Manche Punkte sind bis zu vier Mal gleichzeitig genannt. Dann schrumpft das Progrämmchen schon mal zusammen. Aber wo ist da ein tatsächlicher Aufschlag beim Thema "CO₂-Speicherung in den Mooren"? Wo

sind Sonderprogramme? Wo verarbeiten Sie die 900 Millionen Euro wirklich für die Zukunftsfähigkeit Bayerns? – Ich sage Ihnen: nirgends.

(Beifall bei der SPD)

Wo ist der echte Aufschlag für eine radikale Verkehrswende, Aus- und Umbau der Verkehrsinfrastruktur und deren Erhalt?

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wo ist die Investition in den Schienenpersonennahverkehr und in den öffentlichen Personennahverkehr? Sie greifen genau einen Punkt auf: Das 365-Euro-Ticket für junge Menschen. Da gehen die Stadt München und die Region München voran. Sie schätzen die Kosten allein für diese Region auf über 30 Millionen Euro. Und was schreiben Sie in den Haushalt? – Nächstes Jahr null Euro, aber eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2021 und folgende mit sagenhaften 31 Millionen Euro für ganz Bayern, wenn allein die Kosten im Großraum München bei 30 Millionen Euro liegen. Einen kraftvollen Aufschlag stellen ich und meine Partei uns anders vor.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir wollen ein 365-Euro-Ticket als Einstieg in einen kostenlosen ÖPNV für alle. Wir wollen eine Förderung für Verkehrsverbünde, sodass es in ganz Bayern eine Decke von Verkehrsverbünden gibt anstatt weißer Flecken, in denen Verkehrsverbünde nicht existieren. Dazu müssen Gelder eingestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen ein echtes Investitionsprogramm für die Kommunen. Sie machen gerade einmal das Kleckerles-Programm für die Schwimmbäder auf kommunaler Seite. Investitionsstau, Sanierungsstau, Klaus Adelt fordert 1 Milliarde Euro. Das sind 1.000 Millionen Euro. Und was ist im Haushalt? – 5 mal 20 Millionen Euro in fünf Jahren. Was stellen Sie zusätzlich in diesen Haushalt ein? – Null Euro an dieser Stelle. Das ist

kläglich, das ist mutlos und das wird der Zukunftsfähigkeit Bayerns nicht gerecht, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wo ist das Geld für Seehofers "Bayern barrierefrei 2023"? Wo ist das Geld für den Gesundheitsbereich? Wo ist das Geld für die Wohnungsbauförderung? Wo ist eine Investition für Kinder neben dem Investitionsprogramm für die Kitas? Wo ist die Investition in die Ausbildung und die Gewinnung des Personals, das so dringend notwendig ist? Wo ist die Investition in die Zukunftsfähigkeit Bayerns, Kolleginnen und Kollegen? – Sie greifen in die Rücklage, Sie tilgen weniger Schulden; aber Sie legen keine sinnvollen Investitionsprogramme für die Zukunftsfähigkeit Bayerns auf.

(Beifall bei der SPD)

Noch schlechter würde es aussehen – auch das gehört zur Wahrheit in einem solchen Haushalt –, wenn es nicht den Bund gäbe. Gute-KiTa-Gesetz: 861 Millionen Euro bis 2022. Starke-Familien-Gesetz: Kinderzuschlag, Schulstarterpaket, Baukindergeld, moderne Schulen, Digitalpakt: Allein 778 Millionen Euro des Bundes sind in unserem Haushalt verarbeitet, den Sie, Herr Finanzminister, jetzt so loben. Sagen Sie einmal den Berliner Kolleginnen und Kollegen Dankeschön! Ohne dieses Geld wäre nämlich überhaupt kein Aufbruch in diesem Bereich erkennbar.

(Beifall bei der SPD)

Investitionsfonds "Digitale Infrastruktur" und "Städtebauförderung" mit 126 Millionen Euro und 125 Millionen Euro; Wohnungsbau mit 198 Millionen Euro und 120 Millionen Euro; Entlastung der Städte und Gemeinden beim Thema "Grundsicherung im Alter" mit 820 Millionen Euro und 910 Millionen Euro:

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

All diese Punkte im Haushalt des Freistaats Bayern kommen aus Berlin. Ohne den Bund würde dieser Haushalt richtig übel aussehen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Dankeschön sagen, Herr Finanzminister!)

Zusammengefasst: Dieser Haushalt ist ein Blendwerk. Er ist ein Blenderhaushalt erster Rangordnung. Sie tun vieles und behaupten, dass Sie investieren. Wenn man nachschaut, stellt man fest, dass in der Realität wenig drin steht. Darum verwundert es mich auch nicht, Kollege Pohl, dass Ihre Rede so am Thema vorbeigegangen ist: In diesem Haushalt gibt es nämlich nichts Inhaltliches zu vermelden.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, das geht besser! Das haben die Menschen in Bayern nicht verdient. Wir können aus der starken Position des Freistaats Bayern mehr für unsere Zukunftsfähigkeit machen. Wir können ein zukunftsfähiges Bayern, ein soziales Bayern, ein Bayern des Umwelt- und Klimaschutzes, ein Bayern, das die notwendigen Zukunftsinvestitionen schultert und jetzt angeht, schaffen. Dazu wird die SPD-Fraktion die entsprechenden Anträge vorlegen. Wir bitten Sie, in der Ersten Lesung nicht nur Schaufensterreden zu halten, sondern wirklich in die Zukunftsfähigkeit Bayerns zu investieren. Wir können es uns nicht leisten, ein weiteres Jahr zu verlieren, Kolleginnen und Kollegen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo! Gute Rede!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf als nächsten Redner Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP aufrufen. Bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt ein Jahr im Landtag und erlebe schon meine zweite Haushaltsdiskussion. Das finde ich ganz erstaunlich. Ich habe mal gelernt, Haushalt hat etwas mit Planung zu tun. Wir haben den letzten Haushalt – glaube ich – im Mai verabschiedet, und ich

habe eigentlich erwartet, das würde für die zwei Jahre reichen. Manchmal muss man nachkorrigieren, ja, wenn sich die Einnahmensituation stark verändert oder wenn völlig neue Herausforderungen kommen. Beides sehe ich im Moment eigentlich nicht. Wir machen als Einziges Nachsteuerung von Dingen, wo offenbar das Geld nicht reicht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Er hat überhaupt nicht begriffen, was ein Doppelhaushalt ist! Wir haben einen Doppelhaushalt! Wissen Sie das, Herr Kollege?)

Ein Doppelhaushalt heißt: für zwei Jahre. Das heißt, ich denke für zwei Jahre voraus und habe schon nach einem halben Jahr dringendem Korrekturbedarf.

(Beifall bei der FDP)

Sicherlich, wir haben die Hightech-Agenda. Das war ein guter Aufschlag, der sehr viel erwarten hat lassen. Ich habe interessiert gelesen, was sich da alles im Nachtragshaushalt findet und war schon ein bisschen enttäuscht, muss ich sagen. Entsprechenden Investitionen werden wir uns natürlich nicht in den Weg stellen. Aber wenn man genau schaut, findet man davon relativ wenig.

Den Investitionsstau hatten wir schon im Doppelhaushalt. Ich denke nur an die Unis. Da haben wir mal ein Antragspaket vorgelegt bekommen. Das war interessant. Da standen 6 Milliarden Euro. Da ist viel über die Anträge diskutiert worden, aber die Zahl ist nicht ein einziges Mal infrage gestellt worden. Thema Infrastruktur: Da haben wir auch einen Investitionsstau. Der ist weder im Doppelhaushalt noch hier angesprochen worden.

Unabhängig davon erschließt sich mir nicht so ganz, warum wir eigentlich einen Nachtragshaushalt brauchen. Aber gehen wir das mal im Einzelnen durch: In dem einleitenden Kapitel heißt es:

Der Fokus [des Haushalts] soll deshalb stärker auf Investition und Innovation als auf Schuldentilgung gelegt werden.

Ich finde interessant, dass man einen Gegensatz zwischen der Investition und der Schuldentilgung bildet. Ich glaube, das Problem haben wir nur deshalb, weil wir im Doppelhaushalt die ganzen Wahlgeschenke finanzieren mussten. Sonst hätten wir das Problem gar nicht.

(Beifall bei der FDP)

Dann heißt es so schön:

Die Finanzierung der Zukunftsthemen "Hightech Agenda Bayern", Maßnahmenpaket Artenschutz und Bayerische Klimaschutzoffensive erfolgt durch freiwerdende Mittel aus der Anpassung der Schuldentilgung 2020.

"Anpassung" – sorry, mit bayerischem Abiturniveau nenne ich das, was da steht, Euphemismus.

(Beifall bei der FDP)

Sie senken die Nettoschuldentilgung für 2019 und 2020 – es ist heute schon mehrfach gesagt worden – um insgesamt 900 Millionen Euro. "Anpassung"! Bayern baut somit in den nächsten beiden Jahren jeweils nur lächerliche 50 Millionen Euro ab, und dies soll laut Finanzplan bis 2023 so weitergehen, wobei man sagen muss: Es ist eine fortlaufende Tilgung. Damit sind Sie aus dem Schneider, denn Sie ändern gleichzeitig die Vorgabe, dass bis 2030 getilgt werden soll, einfach in das Wort "fortlaufend". Damit kann Ihnen keiner mehr an den Karren fahren. 50 Millionen Euro sind eine fortlaufende Tilgung. Ich bin bei der Frau Köhler: Ich habe genau das auch aufgeschrieben. Gehen wir doch gleich auf 1 Euro – das wäre die saubere und ehrliche Methode, wenn wir das machen würden. Dann hätten wir immer noch eine fortlaufende Tilgung, und alles wäre okay.

(Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Bei den GRÜNEN hat es mich schon gewundert, bei Ihnen besonders jetzt!)

Also, es ist ziemlich eindeutig: Das ist eine Politik auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Sie haben übrigens noch eines erreicht: Der ORH kann nicht mehr quengeln und, wie auch wir das immer wieder getan haben, einen Tilgungsplan fordern. Es gibt nämlich kein festes Datum mehr, bis wann wir zurückzahlen müssen.

Lieber Kollege Josef Zellmeier, ich würde ja gerne glauben, dass man sich weiterhin an die Schuldentilgung hält und sie wieder aufnimmt; aber angesichts dessen, was ich schon erlebt habe, will ich nicht so richtig daran glauben, tut mir leid.

Kommen wir zum nächsten Punkt. Die Schuldentilgung wird massiv zurückgefahren. Sie erinnern sich noch: Wir haben einen bayerischen Pensionsfonds, und vor Jahren hatten wir mal die Zuführung zum bayerischen Pensionsfonds zugunsten der Schuldentilgung zurückgestellt bzw. verringert. Wenn die Schuldentilgung nicht mehr funktioniert, dann müssten wir eigentlich die Zuführungen in den Pensionsfonds wieder erhöhen. Davon ist aber überhaupt keine Rede. Sorry, das ist Volksverdummung.

(Markus Blume (CSU): Sollen wir Negativzinsen zahlen?)

Wir haben damals eine Vereinbarung getroffen. Damals war auch meine Partei noch mit dabei. "Pacta sunt servanda", wurde von Ihrem obersten Chef immer zitiert.

(Markus Blume (CSU): Abenteuerlich!)

Aber kommen wir zu den nächsten Punkten: Viele Ankündigungen sind im Nachtragshaushalt eigentlich noch nicht veranschlagt. Ich habe in den Doppelhaushaltsberatungen viele Versprechen gehört, wie auch jetzt, wobei ich manchmal den Eindruck habe, dass es keine Versprechen, sondern eher Versprecher sind, weil ich Sie im Haushalt kaum wiederfinde. Es ist klar, dass nicht alle Ankündigungen im Rahmen der High-tech-Agenda sofort auftauchen. Wenn man 1.000 Professorenstellen ausschreibt, kann man die nicht auf Anhieb besetzen; dass die dann nicht im nächsten Jahr im

Haushalt stehen, ist okay. Aber ich war schon sehr enttäuscht darüber, dass es doch sehr, sehr wenig war. Ich nenne einfach ein paar Beispiele:

Die Kollegen haben teilweise schon vorgerechnet, wie wenig aus der Hightech-Agenda, von den zwei Milliarden, die da ausgegeben werden sollen, im Nachtragshaushalt steht. Das ist schon erstaunlich. Für das Wissenschaftsministerium gibt es im Rahmen der Hightech-Agenda jede Menge Ankündigungen. Wenn man aber genau hinschaut, stellt man fest: Vieles davon gab es schon vorher; das wird nur als Neues verkauft. Das ist Etikettenschwindel, nichts anderes.

(Beifall bei der FDP)

Da gibt es ein bayerisches Spitzenwissenschaftlerprogramm. Das ist offenbar Langsamkeit pur. Wir haben den Brexit vor der Tür. Man könnte meinen, dass wir die Chance nutzen sollten, möglichst viele Forscher von dort abzuwerben. Aber wann startet das Programm? – Im Jahr 2021. Das ist natürlich sehr geschickt im Hinblick auf den Brexit.

Eines meiner Lieblingsbeispiele steht im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums. Darin findet sich ein Beschleunigungsprogramm Mobilfunk mit 50 Millionen Euro. Jeder weiß, dass der Mobilfunkausbau in Bayern dringend eine Beschleunigung benötigt. Das ist also eine gute Idee. Interessant ist, für wann die Gelder vorgesehen sind. – Für 2021. Das ist kein Beschleunigungsprogramm, das ist ein Entschleunigungsprogramm.

(Beifall bei der FDP)

Im Energiebereich sind 5 Millionen Euro für 2020 eingestellt, um Wasserstoff-Tankstellen zu bauen. Wenn man sich mal ein bisschen schlau macht, stellt man fest: Das reicht für genau fünf Wasserstoff-Tankstellen. Das ist eine Energiewende! Von wegen energieoffene Diskussion! – Ich will es mit diesen Punkten bewenden lassen.

Ich denke, es ist erstaunlich, was wir an Ankündigungen haben, was später aber tatsächlich umgesetzt werden soll. Wenn wir schon einen Nachtragshaushalt machen, muss die Politik dafür eintreten, dass wir das möglichst schnell machen, weil wir jetzt agieren müssen. Wenn man sich anschaut, wann die Maßnahmen tatsächlich kommen, stellt man fest: Das kommt alles sehr spät.

Einen Punkt möchte ich auch noch ansprechen – ich glaube, jemand hat es vorher hier schon erwähnt –: Wir müssen auch mal schauen, wie die Gelder verteilt sind, insbesondere im Entwicklungsbereich. In der "Main-Post" aus Würzburg war heute ein schöner Artikel, von mir ein bisschen angestoßen mit einer Anfrage. Diese Konzentration der Mittel auf München ist schon sehr auffällig. Wir sollten wirklich genau darauf achten, wie die Gelder verteilt sind.

Ein Punkt noch, eine alte Forderung des Obersten Rechnungshofs: Dieser fordert immer wieder eine wirkungsorientierte Haushaltspolitik. Sie planen viele Ausgaben. Die meisten will ich gar nicht in Frage stellen, insbesondere nicht jene, die mit der Hightech-Agenda im weitesten Sinne zu tun haben. Manche verstehe ich aber heute noch nicht. Ich habe nachgefragt, was Künstliche Intelligenz ist. Ich dachte, ich wüsste ein bisschen was davon. Aber jeder rechnet sich inzwischen dazu. Der eine rechnet statistische Verfahren dazu, ein anderer neuronale Netze. Wie auch immer, aber im engeren Sinne ist das alles keine KI. Die Nachfrage hat damals auch ergeben, dass ich keine Antwort bekomme. – Kollege Kreuzer, Sie wissen das.

Der Oberste Rechnungshof fordert also immer wieder eine wirkungsorientierte Haushaltspolitik. Das heißt, man müsste den Haushalt einmal durchgehen und prüfen, ob mit den ausgegebenen Mitteln tatsächlich das erreicht wird, was man damit erreichen will. Wenn die Ziele nicht erreicht werden, kann man auch anfangen zu sparen. Da gäbe es eine ganze Menge Möglichkeiten. Wir haben das schon einmal bei mir in der Kommune in einem kleineren Haushalt probiert. Da hat man schon eine Chance. Klar macht das Arbeit, aber wenn man Gelder ausgeben will, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, dann muss man auch die Zielerreichung prüfen und gegebenenfalls Konse-

quenzen ziehen, nämlich die Gelder nicht auszugeben, wenn das verfolgte Ziel damit nicht erreicht wird. Aber stattdessen werden immer weiter Geschenke verteilt. Selbst die Beschenkten sagen: Das ist ja ganz nett, aber das wäre nicht unbedingt nötig gewesen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir Freien Demokraten werden jedenfalls nächstes Jahr einen Antrag einbringen und versuchen herauszufinden, was damit gemeint ist. Aber, wie gesagt: Der Oberste Rechnungshof hat das auch schon mehrfach angesprochen.

(Beifall bei der FDP)

Noch ein Thema: kommunaler Finanzausgleich. Man feiert sich hier dafür, dass er erstmals über zehn Milliarden Euro angestiegen ist und die Kommunen wieder mehr Geld bekommen. Wenn ich mit den Kommunen rede, mit Landräten, Bürgermeistern oder, noch besser, Kämmerern, stelle ich fest, dass die Ausgaben sehr viel stärker ansteigen als die Zuschüsse aus dem kommunalen Finanzausgleich. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Einerseits haben wir Strukturänderungen, und schon die Pflichtaufgaben werden teurer; andererseits geben Land und Bund auch neue Aufgaben an die Kommunen. Wenn man das über mehrere Jahre betrachtet, stellt man fest, dass die Schere zwischen dem, was die Kommunen vom Land bekommen, und dem, was sie an zusätzlichen Aufgaben bekommen, immer weiter auseinander geht. Sich hier dafür zu feiern, dass man wieder ein paar Millionen Euro mehr gibt – ich sage das ganz bewusst despektierlich –, ist wirklich nicht sauber.

Noch eine Anmerkung: Ich hätte beim kommunalen Finanzausgleich erwartet, dass sich insbesondere die FREIEN WÄHLER stärker einsetzen.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Noch stärker?)

Im Vergleich zu den Vorjahren hätte ich eine viel stärkere Steigerung erwartet. Tatsächlich bewegt sie sich im Rahmen der letzten Jahre. Sie ist ein besserer Inflationsausgleich.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Es ist enttäuschend. Ich hatte erst gestern ein Gespräch mit einem Bürgermeister der FREIEN WÄHLER, der war genauso enttäuscht. Aber sei's drum!

Fazit: Ein paar richtige Schwerpunkte sind gesetzt worden, die vor allem aus der High-tech-Agenda kommen. Negativ ist der Rückgang der Schuldentilgung. Die Ausgaben für die Wahlgeschenke tun uns weh. Die Schuldentilgung wird jetzt absolut zurückgestellt oder völlig aufgegeben. Es ist unheimlich viel angekündigt, wird aber nicht umgesetzt. Vielleicht sehen wir es noch, vielleicht in den Haushaltsberatungen.

Die Forderung von Frau Köhler möchte ich unterstreichen: Vielleicht sollten Sie sich den einen oder anderen Antrag von der Opposition doch mal genauer anschauen und nicht nur ablehnen, weil er von der Opposition kommt. Das ist kein Wirken für die Zukunft.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Dr. Kaltenhauser. – Ich rufe Herrn Abgeordneten Hans Herold von der CSU-Fraktion auf. Bitte schön, Herr Abgeordneter Herold.

Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Finanzminister Füracker hat eingangs gesagt, wir können alle stolz auf unseren Haushalt sein, weil er fast ausschließlich positive Ergebnisse darstellt, unter anderem natürlich den kommunalen Finanzausgleich.

Auch ich möchte ein paar Worte dazu sagen. Am Beginn meiner kurzen Ausführungen sage ich unserem Finanzminister Albert Füracker ein herzliches Dankeschön für diese wirklich großartige Arbeit. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ein Wort an den Kollegen Güller: Lieber Harald, du hast vorhin erwähnt, dass sehr viel Geld aus Berlin kommt. Allein der Freistaat Bayern hat im Jahr 2019 circa 6 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich nach Berlin überwiesen. Wir geben deutlich mehr Geld nach Berlin, als wir von dort bekommen. Das möchte ich deutlich sagen.

Auch ein Wort an Herrn Dr. Kaltenhauser: Wir haben einen Doppelhaushalt für zwei Jahre. Es ist logisch, dass nachgesteuert werden muss. Ein Hinweis in Bezug auf den kommunalen Finanzausgleich: Er war noch nie so hoch wie im Jahr 2020. Man muss auch sehen, dass die Gemeinden weiterhin davon profitieren, weil sie noch einmal 800 Millionen Euro beim Wegfall dieser Gewerbesteuerumlage bekommen. Das ist ebenfalls ein entscheidender Punkt.

Ein Hinweis an Frau Kollegin Köhler von den GRÜNEN: Liebe Frau Köhler, hören Sie endlich auf, unsere tüchtigen Bäuerinnen und Bauern ständig zu diskreditieren und auch – das muss ich ehrlich sagen – zu diskriminieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben gestern sehr ausführlich über die Lebenskompetenz unserer Schülerinnen und Schüler diskutiert. Ich kann nur empfehlen, dass nicht nur unsere Schülerinnen und Schüler, sondern auch Sie, liebe Frau Köhler, und Ihre gesamte Fraktion eine In-fowoche "Lebenskompetenz" auf dem Bauernhof verbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, unsere Städte, Märkte und Gemeinden konnten ihre Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 7,1 % auf immerhin 20,01 Milliarden Euro steigern. Damit ist die Finanzlage der Kommunen bei uns deutlich besser – ich betone das ausdrücklich – als in den meisten anderen Bundesländern.

Lieber Kollege Harald Güller, ich möchte noch einmal deutlich hervorheben: Kein Bundesland in Deutschland tut so viel für die Kommunen wie der Freistaat Bayern. Das sieht man, glaube ich, insbesondere am kommunalen Finanzausgleich mit 10,29 Milliarden Euro deutlich. Konkret heißt das, der kommunale Finanzausgleich hat einen neuen Rekordwert erreicht und übersteigt erstmals die Grenze von 10 Milliarden Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass wir eine gute Ausgangs- und Finanzlage der Kommunen haben; das sage ich auch als Kommunalpolitiker, als stellvertretender Landrat in meinem Stimm- und in meinem Landkreis. Die bayerischen Kommunen stehen seit vielen Jahren im bundesweiten Vergleich vorne, und sie haben in den Jahren 2017 und 2018 mit 1.444 Euro pro Einwohner am meisten investiert. Insgesamt verzeichnen Bayerns Kommunen bei den eigenen Steuereinnahmen einen Rekordwert – das muss man, glaube ich, einmal deutlich hervorheben –; sie konnten sie nämlich um 7,1 % auf mehr als auf 20 Milliarden Euro steigern.

Ein Punkt ist auch die Verschuldung. Die Verschuldung ist mit 992 Euro pro Einwohner nur etwa halb so hoch wie die der niedersächsischen, der nordrhein-westfälischen und der rheinland-pfälzischen Kommunen. Lieber Kollege Güller, ein Wort an dich persönlich: Euer neuer Parteivorsitzender hat die ärmsten Kommunen in Deutschland hinterlassen, und er hat dreimal einen Haushalt vorgelegt, der verfassungswidrig war. Das sollte man einmal deutlich hervorheben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Zuruf von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die hervorragende Finanzsituation der bayerischen Kommunen zeigt sich seit vielen Jahren in hohen Finanzierungsüberschüssen. Bei Ausgaben von insgesamt 41,9 Milliarden Euro konnten die bayerischen Kommunen einen Finanzierungsüberschuss von 1,4 Milliarden Euro erzielen. In den letzten Jahren summierten sich die Überschüsse auf immerhin 8,9 Milliarden Euro.

Gerade der Blick in andere Bundesländer beweist, dass unsere bayerischen Kommunen sehr stark sind. Die Bertelsmann Stiftung hat dies im Jahr 2019 – also ganz aktuell – objektiv und ausführlich in ihrem Finanzreport bestätigt.

Es gibt in Bayern nahezu keine Kommunen mit Kassenkrediten – auch das ist ein sehr wichtiger Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen –, die seit vielen Jahren der wichtigste Indikator für kommunale Finanzprobleme sind; denn eigentlich dienen sie, wie Sie alle wissen, der kurzfristigen Überbrückung von Liquiditätsproblemen. In vielen anderen Ländern sind sie für Kommunen jedoch zum dauerhaften und auch zunehmenden Finanzierungsinstrument geworden.

Ein Wort zu den Schlüsselzuweisungen 2020: Die größte Einzelleistung sind die Schlüsselzuweisungen, die, wie schon erwähnt, um 150 Millionen Euro auf 4,05 Milliarden Euro steigen. Das entspricht einer Steigerung von immerhin 3,9 %. Diese Mittel ergänzen die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen. Sie können gewissermaßen in freier Verantwortung verwendet werden und stärken somit die kommunale Selbstverwaltung.

Ein Wort zu den Investitionen: Der kommunale Finanzausgleich setzt ein starkes Signal bei den kommunalen Investitionen. Die Mittel zur Förderung des kommunalen Hochbaus werden um 50 Millionen Euro erhöht. Davon profitiert vor allem der Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen; für diese gesellschaftlich wichtigen Bereiche ist der Mittelbedarf logischerweise stark gestiegen, das wissen wir alle.

Die Investitionspauschalen für freie Investitionen der Kommunen sowie die Krankenhausfinanzierungen werden fortgeführt. Das ist ein entscheidender Punkt gerade auch für die Kommunen, die Krankenhäuser haben.

Für den kommunalen Straßenbau und den diesbezüglichen Unterhalt stehen im Jahr 2020 innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs über 700 Millionen Euro zur Verfügung. Da darf man bei Straßeneröffnungen, wenn das schöne Band durchgeschnitten wird, auch einmal darauf hinweisen, dass meistens über 50 % der Mittel letztendlich vom Freistaat Bayern kommen und nicht alles nur von den Kommunen.

(Klaus Adelt (SPD): Vom Steuerzahler!)

Für den öffentlichen Personennahverkehr stehen für die Kommunen 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Mittel für den kommunalen Hochbau in Höhe von 600 Millionen Euro fließen unabhängig vom Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sichert natürlich auch unseren Kommunen, die noch keinen Förderantrag im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gestellt haben, eine starke staatliche Unterstützung. Das heißt meistens gerade auch für uns im ländlichen Raum 50 % plus x.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, der Topf zur Durchführung von Artikel 15 FAG ist für unsere Bezirke nach wie vor gut ausgestattet, und zwar mit immerhin 691,5 Millionen Euro für die Bezirke.

Ich möchte noch ein Wort zum Thema Stabilisierungshilfen sagen. Es ist sehr erfreulich – da sind wir wieder bei dieser Situation, dass es unseren Kommunen nicht schlecht geht –, dass wir einen starken Rückgang bei den Stabilisierungshilfen verzeichnen, die oft nicht mehr notwendig sind. Diese haben sich, wie ich meine, als ein wirksames Instrument für besonders finanzschwache und konsolidierungswillige Ge-

meinden bewährt. Glücklicherweise ist nur noch ein geringer Bedarf festzustellen, so dass der Ansatz im Jahr 2020 auf 120 Millionen Euro gesenkt werden kann. Eine erfreuliche Entwicklung ist das vor allem auch vor dem Hintergrund, weil diese eingesparten 30 Millionen Euro – das wissen Sie, zumindest die Haushälter – den Schlüsselweisungen und damit gerade den etwas "ärmeren" Kommunen zugutekommen.

Die Stellen wurden bereits angesprochen. Wie in 2019 bereits begonnen, erhalten auch 2020 die Landratsämter 70 neue Stellen. Diese helfen, wie ich meine, bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben und leisten einen Beitrag zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung. Ich bin immer etwas kritisch, wenn immer wieder mehr Stellen geschaffen werden, aber ich hoffe, dass mit diesen Stellen letztendlich keine weiteren Kontrollen vorgegeben sind, sondern sie im Bereich der Dienstleistung eingesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend als Fazit: Ich denke, der kommunale Finanzausgleich 2020 beweist die faire Partnerschaft zwischen dem Freistaat und den Kommunen, und er beweist, dass wir als CSU-Fraktion die Kommunalpartei sind. Ich sage auch sehr deutlich, dass die Bayerische Staatsregierung unsere Kommunen immer wieder sehr stark unterstützt. In diesem Sinne bin ich davon überzeugt, dass wir einen sehr, sehr guten Nachtragshaushalt vorgelegt haben. – Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns noch eine gute Beratung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Hans Herold von der CSU-Fraktion und darf als nächsten Redner Herrn Tim Pargent von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute bereits über viele große Themen beraten. Manche waren zu erwarten,

wie die Hightech-Agenda oder das Wirtschaftswachstum. Andere waren nicht ganz so zu erwarten, wie die Mietpreisbremse oder gar die Unsterblichkeit.

Lassen Sie uns aber einmal einen Blick auf die Schwächeren in unserer Gesellschaft werfen. Was bedeutet der Nachtragshaushalt für Menschen, die nicht vom Jobwunder profitiert haben oder die vielleicht von Wohnungslosigkeit betroffen sind, oder für Menschen, die aufgrund eines Handicaps auf die Hilfe unserer Gesellschaft angewiesen sind? – Wenn wir in den Nachtragshaushalt hineinsehen, zeigt sich im Sozialbereich: außer Spesen nichts gewesen. Sie halten am Prinzip "Schrotflinte" fest. Das meiste Geld geht für das Familiengeld, für das Pflegegeld und für Kita-Subventionen weg, und am Ende dürfen das viel zu oft die Kommunen oder die Bezirke ausbaden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Ihnen sonst nichts mehr einfällt, dann kommen Sie gern mit dem Hinweis auf andere Länder und darauf, wie super hier in Bayern alles sei. Früher haben Sie Kritikern immer NRW vorgehalten. Heute regiert dort auch die Union. Deshalb kommen Sie lieber mit rot-grün-regierten Ländern.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Ich würde vorschlagen, wir messen Sie an dem, was Sie den Menschen in diesem Land versprochen haben, und vergleichen das mit dem, was in Bayern tatsächlich passiert, und mit dem, was im Nachtragshaushalt steht. Einige Beispiele:

Erst verschärfen Sie mit den Beitragssubventionen den Engpass bei den Kitaplätzen. Dann fällt Ihnen auf: Ups, wir müssen die Zahl der Plätze noch einmal aufstocken! – Okay. Aber spätestens beim Personal lassen Sie die Kommunen im Regen stehen. Als wäre das nicht genug, zählen Sie, Herr Finanzminister, heute bei den Leistungen für Betreuungsplätze tatsächlich das Familiengeld mit auf. Was hat das Familiengeld mit den Betreuungsplätzen zu tun?

Wir brauchen endlich gezielte Investitionen in eine qualitativ und quantitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur, damit auch Eltern am beruflichen Leben teilhaben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweites Beispiel: Das Teilhabegesetz ist an sich ein richtiges Gesetz. Wenn es aber um das Zahlen geht, üben Sie sich in Zurückhaltung. Während andere Länder, zum Beispiel Baden-Württemberg, das Konnexitätsprinzip anerkennen und die Kosten übernehmen, winden Sie sich heraus und lassen die Bezirke, die dritte kommunale Ebene und Träger der Eingliederungshilfe, mit den Kosten allein. Was ist die Konsequenz? – Die Bezirke holen sich die Kosten logischerweise über die Umlage von den Kommunen zurück. Ich finde, das kann nicht sein. Lassen Sie uns auch die Kosten für das Teilhabegesetz übernehmen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittes Beispiel: Konversion von Komplexeinrichtungen. Im Wahlkampf gab es dazu noch große Versprechungen; 20 Millionen Euro pro Jahr für die nächsten 20 Jahre sollten es sein. Dann kam der Doppelhaushalt. Demnach sind es 2019 und 2020 jeweils nur 5 Millionen Euro. Diese Mittel sind bereits für vier Konversionsprojekte ausgeschöpft. Selbst dies war nur möglich, indem Sie sich noch 2,2 Millionen Euro aus dem Haushalt für Wohnen, Bau und Verkehr geholt haben. Im Nachtragshaushalt wurde ein Scheibchen draufgelegt, plus 15 Millionen Euro, aber verteilt auf die Jahre 2021, 2022 und 2023. Ganz ehrlich: Von dem Wahlkampfversprechen ist nicht viel übrig geblieben. Inklusives, gemeindeintegriertes Wohnen wird damit in Bayern nicht erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertes Beispiel: Bayerischer Jugendring. Erst gab es eine Nullrunde im Doppelhaushalt. Das bedeutet bei tariflichen Personalkostensteigerungen de facto eine Kürzung. Im Nachtragshaushalt wurde zumindest beim Stammpersonal nachgeschärft. Aber bei

den weiteren Zuschüssen an die Bezirksjugendringe, bei der Förderung der Fachkräfte in den Jugendbildungsstätten und bei Fördermitteln für die nachgelagerten Vereine und Verbände heißt es: Fehlanzeige! Kein Nachsteuern! Deshalb weist der Bayerische Jugendring zu Recht darauf hin, dass noch ein Fehlbetrag von über 900.000 Euro zu Buche schlägt. Das bekommen die Vereine und Verbände an der Basis zu spüren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie feiern sich gern für einen hohen Sozialetat. Was aber wirklich in den Strukturen ankommt, ist dünn. Dass Sie das Geld mit der Gießkanne verteilen, hat sich mit dem Nachtragshaushalt nicht geändert. Am Ende dürfen es die Kommunen und die Bezirke ausbaden.

Wir brauchen endlich gezielte und nachhaltige Investitionen in die Strukturen, damit sozial benachteiligte Menschen am gesellschaftlichen Leben besser als bisher teilhaben können. Bei den Förderprogrammen müssen wir endlich für Planungssicherheit für die Kommunen und die Träger sorgen. Für beides sind Nachtragshaushalt und Finanzausgleichsgesetz leider eine vertane Chance.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei dem Redner, Herrn Pargent, für seine Ausführungen. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der Fraktion der AfD aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Wie ist die Lage? Diese gilt es zu analysieren, wenn man den Nachtragshaushalt beurteilen will. Die Lage ist, dass die Konjunktur schwächelt, die Automobilindustrie kriselt, die Energiepreise hoch sind. Die Tatsache, dass Wacker Chemie in der Anhörung zu den Gaskraftwerken vom

Staat einen Garantiepreis von 4 Cent pro Kilowattstunde fordert, spricht Bände und zeigt, wie stark die Industrie hier unter Druck geraten ist.

Sie sehen im Nachtragshaushalt die Förderung zahlreicher Bereiche vor. Beispiele sind die erhöhte Förderung der Kindertagesbetreuung, die Entlastung der Kommunen von Integrationskosten, die Entlastung der Unternehmen von Kosten für Bürokratie, die Förderung der Elektromobilität, des Klimaschutzes und der Artenvielfalt. Dies alles ist berücksichtigt. Das gelingt Ihnen auf Kosten einer Verringerung des Schuldenabbaus, das heißt der Tilgung. Auch die hohen Steuereinnahmen und Umschichtungen tragen noch zur Stabilität der Lage bei.

Dagegen ist der Ausbau der Infrastruktur, speziell der Straßenbau, seit Jahren chronisch unterfinanziert. Sehr geehrter Herr Finanzminister, "Investition und Innovation" haben Sie als Ihr Credo angeführt. Nur 350 Millionen Euro sind für den Straßenbau vorgesehen. Wir fordern wesentlich mehr. Die Bahnstrecken sind marode. Der ÖPNV ist massiv auszubauen. Der ländliche Raum müsste angeschlossen werden.

Sie sprachen von einer Mittelstandsoffensive, für die 114 Millionen Euro vorgesehen sind, und einer Digitalisierungsoffensive. Entscheidend für den Mittelstand ist die Entlastung von Bürokratie. Wir fordern die Freistellung für Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern.

Noch eine Anmerkung zur Digitalisierung und zur Notwendigkeit des Mobilfunkausbaus: Die Übertragungskapazitäten reichen mitnichten aus. Diese Einschätzung bestätigt die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

Hinsichtlich der Möglichkeit, Bauanträge bei Kommunen und Landratsämtern digital einzureichen, hinkt Bayern weit hinter dem Standard in anderen Ländern hinterher.

Sie geben 175 Millionen Euro für Klimaschutz aus, um grüne Wähler in Städten zurückzugewinnen. Bei der Kommunalwahl in München 2020 werden Sie dennoch Ihr Waterloo erleben; denn die Menschen wählen lieber das Original.

Gleichzeitig lassen Sie die Bauern im Regen stehen. Am Runden Tisch sitzen Funktionäre, an der Basis brodeln es. Bauern sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und verdienen es, anders gewürdigt und auch finanziell unterstützt zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Herr Finanzminister, Sie sagten, dass Sie die Haushaltsberatungen offen führen wollten; "gemeinsame Beratungen" waren Ihr Wort. Dabei wird sowieso fast jeder Vorschlag der Opposition abgelehnt.

Ein Wort zur Haushaltssprecherin der GRÜNEN, Frau Köhler: Die GRÜNEN kritisieren den Tilgungsabbau in Bayern. Im Bund würden Sie genau entgegengesetzt handeln. Der Klimaschutz ist für die GRÜNEN eine Monstranz, die sie vor sich hertragen. Sie wollen hier, wie Sie selbst gesagt haben, mit Verboten die Solarpflicht einführen. Bei Ihnen gilt: Klimaschutz vor Infrastrukturausbau. Vor allem der Straßenausbau ist Ihnen nach Ihren Worten eh verhasst.

Die Sicherung von Standortbedingungen für die Unternehmen haben Sie als einen von drei Punkten angeführt. Ich frage mich schon, was Sie damit meinen. Sie sind nämlich für die Automobilindustrie eigentlich der Totengräber.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Bisher sind Sie auch nicht als mittelstandsfreundlich aufgefallen.

Herr Zellmeier, ich höre, dass Sie an Strauß und Stoiber anknüpfen wollen. Die Automobilindustrie ist von Strauß als Schlüsselindustrie gefördert worden. Für die heutige Krise tragen auch Sie eine Mitverantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Wir dagegen plädieren für Investitionen in alle Facetten der Infrastruktur und der Forschung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Bergmüller, für Ihren Beitrag. – Als Nächsten darf ich Herrn Kollegen Florian Ritter von der SPD-Fraktion aufrufen. Herr Abgeordneter Ritter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdebatten sind zwangsläufig kleinteilig, das heißt, sie beleuchten auch die kleinsten Punkte. Das ist notwendig, weil wir mit dem Geld verantwortlich umgehen müssen. Manchmal führt das aber dazu, dass in der Debatte das große Ganze, das Ziel, das hinter einem Nachtragshaushalt steht, aus den Augen verloren wird. Ziel ist es, auf die Probleme der Zeit einzugehen und Bayern so weit fit zu machen, dass wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bestehen können.

Was sind denn eigentlich die Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben? – Zum einen zieht sich der beschleunigte Klimawandel durch alle Bereiche, und zum anderen betrifft die Digitalisierung der Wirtschaft auch viele Bereiche. Wir brauchen – und dies spiegelt sich in diesem Nachtragshaushalt genauso wenig wider wie in dem Ursprungshaushalt, den wir Anfang des Jahres beschlossen haben –, aber einen Umbau und die Ertüchtigung der Infrastruktur und der Wirtschaft in Bayern unter den Gesichtspunkten der Digitalisierung und des beschleunigten Klimawandels.

Der unter Stoiber entstandene Investitionsstau ist nach wie vor nicht aufgearbeitet. Die fehlenden Investitionen sind nicht nachgeholt. Jetzt versucht man, dies stückchenweise zu machen. Wir sprechen dabei noch nicht einmal über die Zukunftsinvestitionen, sondern nur über Investitionen zum Erhalt der bestehenden Infrastruktur. Wir müssen den Industriestandort Bayern mit klimaneutraler Energie versorgen. Wir müssen vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen Arbeitsplätze sichern und neue, qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Diesbezüglich sind wir in unserem Land mittlerweile deutlich ins Hintertreffen geraten. Dies hat einiges mit der Art und Weise zu tun, wie die CSU und die FREIEN WÄHLER Haushaltspolitik betreiben, nämlich mit dem Salzstreuer über alles darüberzugehen, statt Schwerpunkte zu setzen.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber bei uns ist immer noch Salz drin!)

Wir müssen flächendeckend klimaneutrale Mobilität sicherstellen und dürfen uns nicht nur in Leuchtturmprojekten ergehen. Selbstverständlich ist ein bayerisches Weltraumprogramm faszinierend, auch wenn es kein Ziel des Programms ist, einen Bayern oder eine Bayerin auf den Mond zu bringen. Ein Bayer oder eine Bayerin auf dem Mond wäre auch faszinierend. Viel faszinierender wäre aber, Kolleginnen und Kollegen, wenn sich fast drei Millionen Menschen im Großraum München auf die S-Bahn verlassen könnten, wenn sich die Menschen im Großraum Nürnberg auf die S-Bahn oder die Menschen im ländlichen Raum auf den Regionalverkehr verlassen könnten, wenn dort also tatsächlich eine flächendeckende Mobilität sichergestellt werden würde.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel, das die Staatsregierung mit diesem Haushalt verfolgt, ist über beide Fraktionen hinweg offensichtlich dasselbe. Die CSU verfolgt mit dem Nachtragshaushalt vor allem das Ziel, sich auf die Schulter zu klopfen. Die FREIEN WÄHLER verfolgen mit dem Nachtragshaushalt das Ziel, der CSU auf die Schulter zu klopfen, weil sie in diesem Nachtragshaushalt tatsächlich nichts Merkliches hinterlassen haben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was ist euer Ziel?)

Die Ertüchtigung und die Zukunftsfähigkeit des Landes sind aber nicht Gegenstand dieses Nachtragshaushalts.

Kolleginnen und Kollegen, ein Nachtragshaushalt kann nicht zum Ziel haben, sich auf die Schulter zu klopfen. Wir müssen Bayern zukunftsfähig machen, und wir müssen

den Menschen auch ein zukunftsfähiges Land hinterlassen. Dem Anspruch wird dieser Nachtragshaushalt nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Ritter. – Das letzte Wort hat der Herr Abgeordnete Michael Hofmann. Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen den Menschen ein zukunftsfähiges Land hinterlassen – damit beendete der Kollege soeben seine Rede. Ich glaube, wenn wir die Bilanz des Freistaats Bayern ansehen und Bayern mit anderen Regionen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa vergleichen, können wir feststellen:

(Tobias Reiß (CSU): Weltweit!)

Wir leben in einem zukunftsfähigen Land. Wir leben in einem hochattraktiven Land. Das zeigen uns immer wieder die Menschen, die zu uns kommen und gerne hier leben. Dies hat auch etwas mit der Politik zu tun. Diese Politik wird so fortgesetzt, dass dieses Land auch in Zukunft zukunftsfest, innovativ und attraktiv bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit diesem Nachtragshaushalt haben wir noch einmal deutlich gemacht, dass diese Staatsregierung in der Lage ist, auf geänderte Rahmenbedingungen zu reagieren.

Bevor ich darauf im Einzelnen eingehe, möchte ich aber noch ein Dankeschön aussprechen, und zwar ein Dankeschön an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, an die Unternehmerinnen und Unternehmer, ohne die wir nicht in der Lage wären, Geld sinnvoll und innovativ auszugeben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist überhaupt der Grund, weswegen der Freistaat Bayern so gut dasteht: Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, unsere Steuerzahler-

innen und Steuerzahler arbeiten tüchtig, verlässlich und ehrlich. Deswegen gilt der Dank ganz besonders den Menschen dort draußen, die tagtäglich ihre Arbeit tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Allerdings können die Menschen nur dann entsprechend wirtschaften und agieren, wenn die politischen Rahmenbedingungen passen. Ich sage an dieser Stelle klar: In der Bundesrepublik hat es genug Experimente gegeben. Schauen wir nach Baden-Württemberg. Fünf Jahre Grün-rot haben gereicht, um dieses Land von der wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaats Bayern abzuhängen. Baden-Württemberg hinkt nach wie vor hinterher und muss das ausbaden, was fünf Jahre lang vergeigt worden ist. Deswegen sage ich ein ganz herzliches Dankeschön.

Lieber Kollege, auch Schulterklopfen darf in diesem Zusammenhang erlaubt sein; denn das Setzen der richtigen politischen Rahmenbedingungen, damit die Menschen auch weiterhin gut arbeiten können, ist auch ein Teil unserer Leistung und insbesondere ein Teil der Leistungen, die die früheren Staatsregierungen erbracht haben. An all die ehemaligen Politikerinnen und Politiker da draußen, die in den letzten Jahrzehnten hier Politik gemacht haben, sage ich ein herzliches Dankeschön dafür, dass sie die Rahmenbedingungen gesetzt haben.

Jetzt kommt es darauf an, die zukünftigen Rahmenbedingungen zu bestimmen. Ich glaube, dass mit dem Zukunftspaket, das in der Hightech-Agenda vorgelegt worden ist, ganz klar unterlegt wird, dass wir wissen, worauf es in Zukunft ankommt. Dies haben die Vorgängerregierungen unter Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber geschafft, und das schafft auch diese Regierung. Das schafft Ministerpräsident Markus Söder zusammen mit Finanzminister Albert Füracker, dem es natürlich nicht immer leichtfällt, Millionen und Milliarden lockerzumachen. Lieber Albert, die Überzeugung, dass dieses Geld richtig investiert wird, ist auch bei uns hervorragend angekommen. Lieber Albert, herzlichen Dank dafür, dass so mutig nach vorne gegangen wird.

An dieser Stelle darf man allerdings auch eines festhalten: Die Oppositionsparteien üben sich in ihrer langjährigen Tradition. Sie haben damals unter Franz Josef Strauß die Investitionen nicht verstanden; Sie haben damals unter Edmund Stoiber die Investitionen nicht verstanden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie verstehen auch die Investitionen dieser Bayerischen Staatsregierung nicht. Von daher: Herzlichen Glückwunsch! Sie haben nichts dazugelernt,

(Beifall bei der CSU)

und Sie machen weiterhin dieselbe Arbeit, die Ihre Vorgänger gemacht haben.

(Harald Güller (SPD): Dieser Haushalt ist nicht zu verstehen!)

Wir sprechen in diesem Zusammenhang über Innovation und Investition. Unser Finanzminister hat erklärt, dass diese das neue Traumpaar sind. Lieber Albert, lass mich dieses Traumpaar noch etwas weiterentwickeln. Die CSU ist eine Partei, die für Familie da ist. Deswegen wollen wir, dass aus diesem Traumpaar Innovation und Investition die Kinder Wohlstand und Lebensqualität hervorgehen. Dann haben wir eine tolle Familie. Dann haben wir Kinder, auf die wir stolz sein dürfen. Diesen Grundsatz legen wir hiermit fest.

Ich sage aber auch: Die Schuldentilgung in dem Umfang aufzugeben, den wir ursprünglich vorhatten, ist uns nicht leichtgefallen. Es wurde gesagt, wir hätten die Schuldentilgung als Monstranz vor uns hergetragen. Wir waren stolz darauf und sind stolz darauf, dass wir letzten Endes den 15. Haushalt in Folge mit Schuldenabbau voranbringen. Mich hat sehr gewundert – bei den GRÜNEN weniger –, dass inzwischen gesagt wird: Ob bei der Schuldentilgung 50 Millionen Euro oder 1 Million Euro stehen, spielt keine Rolle. Bei den GRÜNEN wundert mich das nicht. Die GRÜNEN machen, was Geld betrifft, das immer so locker aus der Hüfte heraus. Lieber Kollege Kalten-

hauser, die FDP jetzt aber auch noch? Auch ihr kennt inzwischen den Unterschied zwischen 1 Million Euro und 50 Millionen Euro nicht mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, in Abwandlung eines bekannten Wortes sage ich: Wer die Million nicht ehrt, ist die Verantwortung nicht wert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe gesagt, dass es uns nicht leichtgefallen ist, die Politik der großen Schuldentilgung aufzugeben. Aber verantwortungsvolle Politik zeigt sich doch nicht darin, dass Ideologie hochgehalten wird. Natürlich war es 2013 unter den damaligen Rahmenbedingungen richtig, das Ziel "2030 schuldenfrei" vorzugeben. Da hatten wir völlig andere Bedingungen am Finanzmarkt. Übrigens sind wir trotzdem von euch kritisiert worden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, aber wir haben das für richtig gehalten.

Nur verstehen die Menschen doch nicht, wenn in Zeiten, in denen Geld so billig und günstig zu haben ist wie noch nie, vorhandenes Geld in eine übermäßige Schuldentilgung gesteckt wird, wobei wir von den Zinsen nicht in dem Maße profitieren, wie wir früher profitiert haben. Da erwarten die Menschen doch, dass eine verantwortungsvolle Politik auf geänderte Rahmenbedingungen neu reagiert

(Michael Busch (SPD): Wenn ihr das wenigstens tun würdet!)

und dementsprechend Investitionen in die Zukunft vornimmt. Diese Investitionen in die Zukunft haben Sie, sehr geehrter Herr Kollege, vorhin noch einmal angegriffen – von wegen: nur 248 Millionen Euro von diesen 900 Millionen Euro würden als Investitionen zur Verfügung stehen. Natürlich, in hartem Baumaterial, sage ich jetzt einmal, sind die 248 Millionen Euro richtig angelegt.

(Michael Busch (SPD): Rechnungshof!)

Aber ich stelle einmal fest, dass auch die übrigen Zuschüsse, die wir im Rahmen der Hightech-Agenda investieren, gut angelegtes Geld sind. – Wenn Sie zuhören würden, Herr Kollege, dann würden Sie für heute vielleicht auch noch etwas mitnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

346 Millionen Euro für die Hightech-Agenda sind auch bei Personal und Zuschüssen für zukünftige Investitionen gut angelegtes Geld. Dieses Geld verrottet nicht einfach irgendwo, sondern man kann etwas damit anfangen. Das haben Sie noch nicht begriffen. Deswegen empfehle ich Ihnen ganz dringend: Reden Sie einmal mit den Leuten an den Universitäten und an den Wissenschaftsstandorten, die von dieser Hightech-Agenda profitieren werden, und dann sagen Sie ihnen ins Gesicht, dass das Geld, das diese Menschen bekommen, nicht in die Zukunft investiert wäre. Ich bin auf die Diskussion bei Ihnen gespannt, Herr Kollege.

Weiterhin darf ich darauf hinweisen – das wundert mich bei den GRÜNEN –: Angesichts von 60 Millionen Euro für Klimaschutz und 72 Millionen Euro für Artenschutz hat Frau Kollegin Köhler vorhin gesagt, dass man "nur" 248 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung stelle. Ich stelle fest: Auch die GRÜNEN sind – ähnlich wie die SPD – der Meinung, dass Investitionen in Klimaschutz oder Artenschutz keine Investitionen darstellen. Ein interessanter Erkenntnisgewinn, aber, bitte schön, wir lernen ja auch dazu, welche Wendungen die GRÜNEN immer wieder nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik kann feststellen, dass die Menschen im Land es bei uns besser haben – besser als in anderen Regionen. Was wir heute aus dieser Debatte aber auch mitnehmen dürfen, sind die Unterschiede: Welche Politik, welchen Staat wollen wir haben?

Ich bin schon dankbar dafür, dass die GRÜNEN heute noch einmal deutlich gemacht haben, dass sie ihre Aufgaben darin sehen, Verbote auszuprobieren und Pflichten festzulegen. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist wichtig, Überzeugungen zu schaffen und die Menschen nicht mit Verboten zu traktieren. Es ist wichtig, dass wir

Aufbruchstimmung schaffen und nicht Misstrauen säen, egal, wie wir das letzten Endes anstellen.

Die Diskussionen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, die Mahnfeuer, die gekommen sind, müssen uns doch eine Warnung sein. Wir stellen fest: Diese Gesellschaft ist dabei auseinanderzudriften. Was Sie getan haben, ist nicht mehr und nicht weniger, als dies noch zusätzlich zu befeuern.

(Klaus Adelt (SPD): Das machen Sie schon!)

Währenddessen versuchen wir, den Laden zusammenzuhalten. Mit Ihrer Art und Weise der Argumentation, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir die Potenziale, die dieses Land hat, nicht aktivieren. Wenn wir nicht in der Lage sind, die Menschen mitzunehmen, werden wir es alleine mit Verboten, Pflichten und Misstrauen nicht schaffen – ganz im Gegenteil. Wenn wir eine Aufbruchstimmung erzeugen wollen, damit die Menschen voller Überzeugung einer Politik folgen, die in die Zukunft gerichtet ist, dann müssen wir motivieren und nicht demotivieren.

Wir brauchen den Bäuerinnen und Bauern nicht noch zusätzliche Beamte hinzustellen,

(Zuruf von der CSU: Genau!)

sondern müssen ihnen die Möglichkeit geben, für die Zukunft gerüstet zu sein. Dieser Nachtragshaushalt trägt dazu bei.

Ich hoffe, dass wir im Haushaltsausschuss noch die eine oder andere Überzeugung leisten können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche uns gute Beratungen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Michael Hofmann. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis?

(Zuruf von der CSU: Ja!)

Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.